

DEVRİMCİ
YOL



Faschismus und die Türkei

1

Vorwort

Die Türkei ist ein Land im Nahen Osten, das äußerste politische und militärische Bedeutung besitzt. Aus diesem Grund können die politischen Entwicklungen in unserem Land, das als ein neokoloniales Land einer imperialistischen Unterdrückung unterliegt, nicht getrennt vom Kampf um die Vormachtstellung in der Welt und der hierzu vom Imperialismus in diesem Gebiet entwickelten Politik betrachtet werden.

Die herrschende Minderheit in unserem Land -die wir als Oligarchie bezeichnen- versucht heute aus einer Vielzahl von politisch-ökonomischen Gründen seine Existenz durch zermürende, systematische Angriffe auf die Arbeitermassen zu bewahren. Besonders nachdem der amerikanische Imperialismus seinen Vorposten Iran in diesem Gebiet verloren hat, versucht er wesentliche Aufgaben beider Sicherung der Kontrolle über das Gebiet mit Hilfe der Türkei zu verwirklichen. Die Realisierung einer solcher Politik als Übergang zur offenen faschistischen Militärdiktatur (auf diese Weise können sie Regierungen unter ihren direkten Kontrolle einsetzen) hat als seltsames Spiel der Geschichte der "sozialdemokratische" westdeutsche Imperialismus übernommen. Sowohl was das Mitspracherecht der BRD bezüglich der Entwicklung in der Türkei angeht (z.B. war ein wichtiger Grund für die mehr als 100% igen Preiserhöhungen und Abwertungsbeschlüsse, daß die BRD im voraus Hilfe zugesagt hatte; im Vertrauen darauf konnte man Soldaten auf Arbeiter im Widerstand hetzen), als auch bezüglich der Auswirkungen auf die hier lebenden 2 Millionen Arbeiter aus der Türkei bekommen die Entwicklungen in der Türkei eine ziemlich große Bedeutung für die westdeutsche demokratische Öffentlichkeit. Hier fallen uns große Aufgaben zu. Zumindest sind wir verpflichtet, korrekte Informationen über die Entwicklungen in unserem Land weiterzugeben.

Mit dieser Broschüre haben wir hierzu den ersten Schritt unternommen. Wir bemühen uns, die Entwicklung in unserem Land zu dokumentieren und den politisch-ökonomischen Hintergrund aufzuklären. Diese Art Broschüren werden wir später weiter veröffentlichen.

Faschismus und die Türkei

Einleitung

In der Türkei gibt es heute einen Faschismus, der den Kolonial Ländern eigen ist.

"Auch in Kolonial- oder Halbkolonialländern entstehen bestimmte faschistische Gruppen, aber hier, selbstverständlich, kann vom Faschismus, wie wir es von Deutschland, Italien oder anderen kapitalistischen Ländern kennen, nicht die Rede sein. Hier müssen von Anfang an die besonderen ökonomischen, politischen und geschichtlichen Bedingungen analysiert und ins Auge gefaßt werden. Weil der Faschismus unter diesen Bedingungen eigene Formen annimmt und annehmen wird." (Dimitrov)

Aus diesen besonderen Bedingungen, die hier nicht näher erläutert werden sollen, folgt, daß der Faschismus in unserem Land -im gegensatz zum Faschismus in Deutschland und in Italien- nicht als Ergebnis einer Massenbewegung von unten, sondern von oben entstanden ist, nämlich in dem er im Staat selber institutionalisiert und verankert worden ist.

Besonders die Tatsache, daß in der Geschichte unseres Landes das Kleinbürgertum und die Bürokratie besonders stark waren und lange Jahre den Staat beherrscht haben (1920-1950), hat im Kampf dieser Klassen gegen das Monopolkapital und präkapitalistische Klassen die Einrichtung einer Vielzahl von demokratischen Organen im Staatsapparat mit sich gebracht (insbesondere durch den Militärputsch von 1960).

Und heute ist der Staat 'Republik Türkei' unter der Federführung des Monopolkapitals in eine verworrene Lage geraten. Auf der einen Seite die Existenz demokratischer Rechte bis zu einem gewissen Grad (nicht zu vergleichen mit dem klassischen Faschismus deutscher oder italienischer Prägung) und auf der anderen Seite die Allgegenwart und Dominanz von Gewalt- und Terrororganisationen. Ein, einfaches Beispiel, das dies verdeutlicht, ist, daß drei große Verwaltungsbezirke wie Ankara, Istanbul und Izmir in der fast 60 jährigen

Geschichte der Republik über 25 Jahre unter Kriegsrecht standen und noch stehen. Zusätzlich werden in keiner geregelten Weise die im Gesetz verankerten demokratischen Rechte praktiziert, ja nicht einmal vom Staat selbst. Zum Beispiel wird zwar das Verlegen linker Schriften zeitweise geduldet, doch wer damit zu Hause angetroffen wird, wird als Mitglied einer Untergrundorganisation ins Gefängnis geworfen und gefoltert. Die Zahl der auf diese Weise Verhafteten oder Ermordeten geht in die Tausende. Ihr "Verbrechen" besteht darin, daß sie legal verbreitete Bücher zu Hause im Regal stehen hatten.

Dies ist parallel zu der immerwährenden Wirtschaftskrise eine dauerhafte politische Krise, die die herrschende Oligarchie zwingt, die Führung zu übernehmen. Seit 1970 hat es keine Regierung geschafft, länger als zwei Jahre an der Macht zu bleiben.

Wir werden in dieser Schrift einige praktische auf Belegen beruhende Informationen über die Struktur des Faschismus in unserem Land geben.

Wir wollen versuchen, die Aktivitäten von offiziellen, halboffiziellen und geheimen faschistischen Organisationen im Staat zusammenzufassen.

Aus diesem Grund werden wir die Entwicklungen auf zwei Ebenen verfolgen. Wir werden versuchen, zuerst die Entwicklungen und den Aufbau der mit dem Staat verflochtenen und ihn beherrschenden faschistischen Organisationen aufzuzeigen, die unter dem Einfluß des US-Imperialismus seit 1945 entstanden sind. Danach werden wir untersuchen, wie die klassische faschistische Bewegung entstanden ist und sich der offizielle Faschismus in zivile Organisationen umgewandelt hat wie wir es heute in Form der MHP (Partei der nationalistischen Bewegung) und den Idealisten-Vereinen kennen.

Die Türkei und der Nationalismus

Der systematische Nationalismus beginnt in unserer Geschichte mit den "Jungtürken". Besonders durch die Anregung der Befreiungsbewegungen der nicht-islamischen Nationen in Mazedonien haben sich am Ende des 19. Jh. und Anfang des 20. Jh. die Kräfte der entstehenden und wachsenden türkischen Bourgeoisie in der Bewegung "Ittihat ve Terakki" (Komitee für Einheit und Fortschritt) versammelt. Im Gegensatz zu dem osmanischen Sultan Abdülhamit, der die Politik der "Islamischen Einheit" vertrat, wurde die "Turan"-Theorie entwickelt. Demnach sollten sich alle Türken auf der Erde unter einer Fahne vereinen. Der Deutsche Imperialismus der damaligen Zeit zeigte dieser Theorie Wohlwollen.

Die 1908 an die Regierung gelangte "Ittihat ve Terakki"-Organisation hat sich besonders durch den Panislamismus und den Turanismus (Pantürkismus)

Türkisierung - Islamisierung - Modernisierung

"Ich bin von der türkischen Nation, islamischen Glaubensgemeinschaft, westlichen Zivilisation..." Dies waren formelhafte Ansichten derer, die einerseits ein untergeordnetes Reich zu erhalten und zu restaurieren versucht hatten, andererseits den Kapitalismus entwickeln wollten... Dieser Ausspruch verkörpert die damaligen eklektischen Theorien über Politik und Ökonomie.

Diese nationalistische Bewegung erhielt ihre größte Unterstützung durch den Deutschen Imperialismus. Deutschland hatte durch das Recht, die Bagdad-Berlin Eisenbahnlinie zu bauen, einen großen Erfolg errungen. Ihr Ziel war es, den Persischen Golf auf dem Landweg zu erreichen und der britischen Flotte so den Weg abzuschneiden. Als zweites sollte ein Korridor bis nach Turkestan geschaffen werden, um die Russen nicht nach Süden eindringen zu lassen. Mit Hilfe der Türkei sollten sowohl der irakische, wie auch der iranische Korridor beherrscht werden. Da haben wir also die Notwendigkeit des Panislamismus und des Panturanismus, die als Motiv herhalten sollten, um diese Aktionen notwendig erscheinen zu lassen. Enver Pascha war einer der wichtigsten Männer der Ittihat ve Terakki Bewegung. Außer der Entwicklung dieser Politik der Deutschen (gegen Englischen und Russischen Imperialismus) hat er nichts weiter gemacht. Die 1914 in Bewegung gesetzten Osmanischen Streitkräfte hatten Azerbeidschan, Iran und Indien als Ziel. Der Befehl von Enver Pascha an diese Armee lautete:

"Eure erste Pflicht ist es, mit eurer Einheit in Iran einzumarschieren, Teheran zu besetzen, die iranische Regierung von Russen zu säubern, wenn möglich, in der Umgebung von Turkestan einen Aufstand zu provozieren und im Aufmarschgebiet Propaganda gegen Russen und Engländer zu verbreiten. Eine Einflußnahme auf Afghanistan wäre wünschenswert.

Zweitens, um Bagdad nicht an die Engländer zu verlieren, muß - falls erforderlich - Bagdad vorher erobert werden."

Sei es der Tod von zehntausenden, die dem Turanismus zuliebe, aus Hunger oder Kälte bei diesen tragischen Versuchen umkamen; sei es auch der Kampf der islamischen Nationen in Allianz mit den englischen Imperialisten gegen die Osmanen, dafür diese Ideologien an Bedeutung

verloren. Den Platz hat die "Anatolisierung", "Erhaltung Anatoliens" eingenommen. Der türkische Befreiungskrieg hat in großem Maße den Turanismus und Panislamismus zum Gegner gehabt. Aber der nationalistische Gedanke (Überlegenheit der Türken, wie die Herrenrasse-Theorien...) existierte weiter.

Mit dem Erfolg des Befreiungskrieges 1923 und Gründung der Republik, ist der Nationalismus zur herrschenden Staatsideologie geworden. Und nicht nur das, er ist auch in die Institutionen des Staates und seines Monopols übergegangen. Einrichtungen wie die türkischen Idealistenvereine, Institut für türkische Geschichte, Institut für türkische Sprache, ... sind aus diesem Grund gegründet worden.

Der herrschende Nationalismus als offizielle Staatsideologie war immer offen für den Panturanismus. Die Ausnahme bildete 1944, als die Führer der turanistischen Bewegung verhaftet wurden (unter diesen auch Alparslan Türkeş).

Besonders während des II. Weltkrieges hat die Strömung auch unter der Kontrolle des Staates versucht, die Türkei an der Seite Deutschlands in den Krieg zu ziehen. In Armee, Bürokratie und Jugend wurde der deutschen, faschistischen Propaganda breiter Einlaß gewährt. Die faschistische Deutsche Ideologie war bestrebt, ihre Wirkung und Ausbreitung dadurch zu erweitern, daß sie den Panturanismus förderte. Der heutige Führer der faschistischen Massenbewegung, A. Türkeş, spielte schon damals in der turanistischen Strömung eine führende Rolle. In GeStaPo-Papieren des Deutschen Auswärtigen Amtes wurde Türkeş als Verbindungsmann geführt.

Als sich zeigte, daß der Krieg zu Ungunsten Deutschlands enden würde, wurde auf Bestreben Großbritanniens und der USA, die Führer der Turanisten verhaftet und das "Mehr-Parteien-System" eingeführt. Die verhafteten wurden acht Monate später wieder entlassen.

Bis 1965 ist der Nationalismus die offizielle Staatsideologie. In diesem Zeitraum wird zuerst die CKMP (Partei der Republikanischen Bauernnation) gegründet und anschließend umbenannt in "Partei der Nationalistischen Bewegung" - MHP.

"Der Türke ist ein Übermensch, der die Welt für zwei Nationen zu klein findet." (A. Türkeş)

"Wo auch immer auf der Welt es einen Türken gibt, dort werden unsere natürlichen Grenzen anfangen." (Alparslan Türkeş)

"Wenn die Befreiung der Menschheit durch nur einen Weltstaat erreicht werden kann, sollte der Türke diesen Staat gründen und führen, weil das Befehlen dem Türken eigen ist." (A. T.)

* Alle in unserem Land entwickelten Ideologien und Motive der faschistischen Bewegung sind im Grunde genommen von Hitler und Mussolini entwendet. Erinnern wir uns an diesem Punkt an Hitlers Worte:

"Diejenigen, die sagen, daß in der Welt der Deutschen Nation eine Mission gegeben ist, daß diese Pflicht einen Staat zu gründen ist und daß das höchste Ziel dieses Staates ... (Mein Kampf)

So eine rassistisch-faschistische Propaganda ist ein einfaches Mittel, daß der klassische Nationalismus gegen die sozialistische Bewegung angewendet. Aus diesem Grund hat die faschistische Bewegung im Staat und in der Armee sehr nützliche Stützen gefunden. Sie hat sich durch die direkte Hilfe des Staates weiterentwickelt und gestärkt.

Die herrschenden Klassen in unserem Land haben die faschistische Organisation einer Massenbasis im Staatsapparat von oben nach unten den zivilen Organisationen überlassen. Die in der letzten Zeit durch die Armee erfolgten Angriffe auf die "Taris"-Betriebe hatten als Ziel, die militanten Faschisten dort einzusetzen.

Die MHP und die Idealistenvereine, die mit den klassischen-faschistischen Mitteln operieren, versuchen durch Einschüchterung wie Terror und Massaker eine Massenbasis zu gewinnen. Dabei nutzen sie besonders die ethnischen und religiösen Spannungen in der Bevölkerung für ihre Ziele aus. Besonders ihr Verhalten gegen das kurdische Volk läßt sich anhand folgender Zitate gut verdeutlichen:

"Sie sollen das türkische Volk nicht in Schwierigkeiten bringen und verschwinden. Wohin sollen sie verschwinden? Wohin sie möchten. Nach Iran, Pakistan, zu Barzani sollen sie gehen. Sollen sie doch bei den Vereinten Nationen oder Afrika ein Heimatland beantragen. Da das türkische Volk über alle Maßen geduldig, aber ab einer gewissen Grenze unbeherrscht ist, sollten sie ihre Rassengenossen - die Armenier - fragen und zur Besinnung kommen" (Ötügen, N. Atsiz)

"Diese Erde ist auf der Landkarte unser. Jedoch nicht in Wirklichkeit. Dort ist nicht nur die Staatsautorität unvollkommen, sondern auch das Türkentum. Hierfür gibt es eine Lösung. Scharf wie ein Schwert, einfach und offen wie das Ei des Christoph Columbus: Die Einsiedlung der gesamten bewaffneten kasachischen und kirgisischen Emigranten in dieses Gebiet" (Der Nationale Weg, I. Tümtürk)

Heute entwickelt sich der Kapitalismus in unserem Land, in dem er die vorherige gesellschaftliche Struktur, Wertvorstellungen, und bisherigen Institutionen abschafft und seine eigene Struktur und Institutionen entwickelt. Dieser entstehende Kapitalismus verursacht besonders in ländlichen Gebieten den Bruch der Feudalverhältnisse und eine bestimmte Periode der Besitzlosigkeit. Dies bringt unvermeidlich den Widerstand der herkömmlichen Struktur gegen diese Entwicklung mit sich. Die MHP versucht besonders diesen Widerstand (islamisch - Nationaltürkisch eingestellt) zu organisieren. Deshalb verfügt die MHP in diesen Gebieten wo der Umbruch der Feudalstruktur) stattfindet, über größeren Einfluß, während er in Regionen, in denen kapitalistische Produktionsverhältnisse herrschen nicht so stark ist. Zum Beispiel ist Kahramanmaraş, die Stadt in der Ende 78 das Massaker stattfand, eine Stadt, in der dieser Umbruch ganz offen zu beobachten ist. Die Faschisten konnten ein großes Massaker organisieren, indem sie die armen Dörfler (sunnitischer Abstammung) gegen die ökonomisch besser gestellten Aleviten aufhetzten.

Anhand von Beweisen wollen wir jetzt aufzeigen, wie die klassische faschistische Bewegung eine Verlängerung des offiziellen (staatl.) Faschismus darstellt, der sich von oben nach unten organisiert, wie sich der offizielle Faschismus innerhalb des Staates organisiert und den Staat beherrscht.

CIA Kontra-Guerilla und die Türkei

Nach dem II. Weltkrieg hat sich der US-Imperialismus als Siegermacht die Rolle des Weltgendarmen angeeignet. Aber es gab auch einen 2. Sieger - die UdSSR. Sie hat 1/3 der Welt an das sozialistische Staatensystem gebunden. Außerdem sind besonders in Afrika eine große Anzahl von unabhängigen Staaten gegründet worden. Starke anti-imperialistische Tendenzen haben sich gebildet.

Als Ergebnis dieser Entwicklung mußte sich der Imperialismus neue Methoden suchen, um seine Interessensgebiete zu sichern, da er nicht den Weg der offenen Besetzung gehen konnte. Diese Notwendigkeit erläuterte der US-Präsident Kennedy folgendermaßen:

"Unsere Welt tritt in eine neue langfristige Aera ein. Diese Aera wird die des Guerillakrieges vom Typ Indochina sein. Diese Situation erfordert es, daß wir völlig neue Arten der Strategie und der Streitkräfte brauchen." (Amerikanische Kriegsdoktrine S.356, türk. Ausgabe)

Der Zweck dieser neuen Strategie ist natürlich die Entwicklung der örtlichen Auseinandersetzung und die Unterdrückung der revolutionären Befreiungsbewegungen. Die Rockefellergruppe nahm dazu im folgenden Bericht Stellung: *"Unsere Sicherheit ist nicht nur durch offene Angriffe bedroht. Daneben gibt es noch Gefahren, die nicht wie Angriffe aussehen. Diese Bedrohungen sind die Veränderungen und Wandlungen, die von innen herbeigeführt werden sollen. Diese maskierten Angriffe treten uns in Gestalt von Bürgerkriegen, revolutionären Bewegungen, demokratischen Strömungen und reformistischen Bewegungen gegenüber. (...) Unser Ziel muß es sein, diese und ähnliche Bewegungen zu verhindern." (s.o.)*

Als erstes wurden in den USA spezielle militärische Einheiten gebildet, die, wo auch immer in der Welt, die Lage "berichtigen" sollten. Diese speziellen Einheiten, die jegliche Interventionsmöglichkeiten haben, sollten "äußerst beweglich sein und in der Lage, lokale Kriege erfolgreich zu beenden." (s.o., S. 271)

Die in dem Rockefeller-Bericht von 1956 erwähnten speziellen Einheiten, sind unter dem Namen "Strategische Interventionseinheiten" (STRAC) gegründet und die US-Armee nach diesen Prinzipien neu organisiert worden.

Als nächstes sollten Einrichtungen gleicher Art in den unterentwickelten Ländern zum Leben erweckt werden. Unter diesem Aspekt sind eine Reihe von Hilfsprogrammen entwickelt und die systematische Hilfe in Gang gesetzt worden.

Am 22. Mai 1947 hat der US-Kongreß ein Gesetz über die Türkei und Griechenland verabschiedet. Einige Jahre später ist ein Gesetz ähnlicher Art während der Legislaturperiode der türkischen "Demokratischen Partei" (DP) verabschiedet worden. Mit dem Gesetz § 7484 hat die USA das Interventionsrecht in der Türkei erhalten.

Mc Namara sagt zu diesen und ähnlichen "Hilfsmaßnahmen" folgendes:

*"Um es noch präziser zu formulieren: Unser Hauptziel, daß wir mit den Hilfsmaßnahmen verfolgen, ist, gemeinsam mit der Polizei und anderen Sicherheitsorganen in den gefährdeten Gebieten den die notwendige innere Sicherheit aufrechterhaltenden lokalen militärischen und paramilitärischen Kräften * zu helfen." (H. Magdof, Das Zeitalter des Imperialismus, S.156 türk. Ausgabe)*

* Die der MHP verbundenen Idealisten - Vereine propagieren, daß sie die "Hilfskräfte der Polizei" sind. Diese Aussage wird vom Staat begrüßt.

Der erste Schritt in diese Richtung wurde 1953 gemacht. Die Abteilung "zur Erforschung der Mobilmachung der Streitkräfte" die dem Oberkommando der türkischen Streitkräfte angegliedert ist, wurde gegründet. Diese Abteilung, die das Zentrum der türkischen Kontra-Guerilla ist, hat 1970 den Namen "Amt für besondere Kriegsführung" (Özel Harp Dairesi) erhalten. Diese Organisation hat die Aufgabe, die Streitkräfte auf einen Bürgerkrieg vorzubereiten. Natürlich wird die Ausbildung unter der Kontrolle und den Anweisungen des US-Imperialismus vollzogen.

"Um lokale Angriffe zu verhindern, müssen eine Reihe von politischen, ökonomischen und militärischen Hilfen gemacht werden. Das erste Ziel der militärischen Hilfe sollte es sein, die lokalen Streitkräfte auszubilden und auszurüsten. (...) Die Prinzipien der Ausbildung der lokalen Streitkräfte sollten die Vermittlung von Taktiken sein, die dem Partisanenkrieg und seinen Taktiken vergleichbar sind. Wie die Praxis zeigt, genügt es nicht, nur mit den lokalen Streitkräften auszukommen. Die amerikanischen Streitkräfte müssen sich auch an diesen Kriegen beteiligen. (...) Die Oberkommandos und Leitungsorgane der lokalen Streitkräfte müssen von amerikanischen Spezialisten kontrolliert werden. Aber diese Kontrollaufgaben sollten in diesen Ländern vor der Öffentlichkeit geheimgehalten werden." (Amerikan. Kriegsdoktrin, S.311, türk. Ausgabe)

Diese Kontrollaufgaben wurden in der Türkei nicht sehr geheimgehalten. Das "Amt für besondere Kriegsführung" hat lange Jahre im gleichen Gebäude gearbeitet wie das amerikanische Hilfskomitee (JUSSMAT). Es gab keine Trennung zwischen diesen beiden Organisationen. Später als diese Information sich ausbreitete, sind sie in getrennte Gebäude umgezogen.

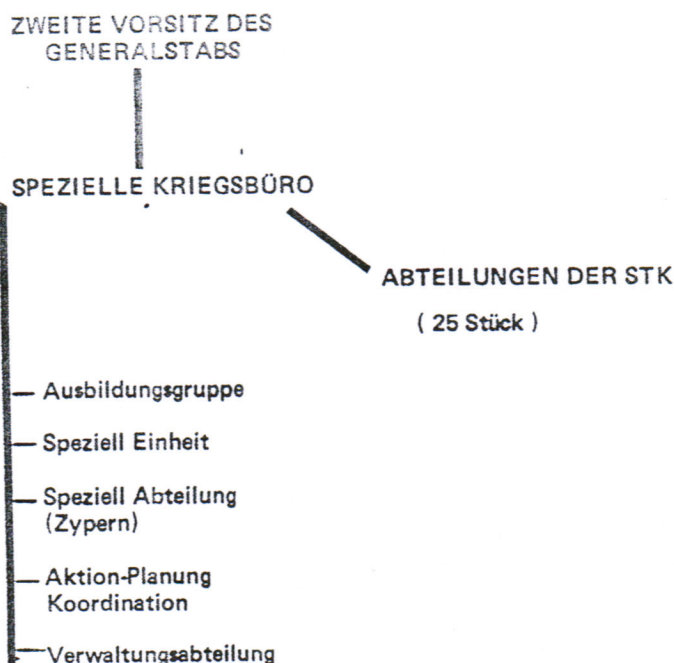
Auf jeder Ebene wurden systematische Kontroll- und Ausbildungsmechanismen geschaffen. Die Türkei wurde von amerikanischen Friedenskörps überschwemmt.

"Zur Zeit haben wir 344 Einheiten, die in 49 Ländern die Sicherheitskräfte in den modernsten Bürgerkriegstaktiken unterweisen." sagte einmal **US-Präsident Johnson** und charakterisierte damit die Arbeit dieser Einheiten sehr offensichtlich. Der als der zweite große Mann der Türkischen Republik bekannte ehemalige Ministerpräsident **Ismet İnönü** hat damals erklärt:
"Sie wollen eine noch freierliche personelle Außenpolitik verfolgen. Jeder redet davon. Wie soll ich das machen? ... Alle sind von Fremden umgeben, die sich Experten nennen, ... sie versuchen die Arbeit zu verhindern. Und wenn das nichts nützt, ergreifen sie Gegenmaßnahmen. Ich stelle eine Aufgabe und bevor ich das Ergebnis erfahre, wird es nach Washington vermittelt. Das Ergebnis bekomme ich nicht von dem Beamten, sondern vom Botschafter." (Nezvat Üstün, 'Amerika in der Türkei' S. 15)

Der US-Imperialismus, der in Armee und Staat systematisch Organisationen aufgebaut hat, fing nun an diese Einheiten nach den Prinzipien des Bürgerkrieges auszubilden.

Wir geben einige kurze Informationen über das türkische Kontra-Guerilla Zentrum, das "Spezielle Kriegsbüro".

Folgendes Schema deckt die Strukturen auf:



1) **Ausbildungsgruppe:** Eine kleine Anzahl von Offizieren und Unteroffizieren aus verschiedenen Einheiten ausgewählt, wird in Sabotage, Verhör, psychologischer Kriegsführung u.a. ausgebildet.

2) **Spezial Einheit:** Eine Auswahlinheit von 55-60 Offizieren und Unteroffizieren. Ein Hauptmann, der dieser Einheit angehört, ist in Verbindung mit dem Istanbul Massaker am 1. Mai 1977 gebracht worden. Er wurde namentlich erwähnt und als Verantwortlicher bezeichnet.

3) Die Behörde, die mit den Zypern-Angelegenheiten befaßt ist, ist am deutlichsten von offiziellen faschistischen Kräften besetzt. Die faschistischen Mörder der MHP und den Idealisten-Vereinen flüchten über Zypern in die BRD und in die anderen europäischen Staaten. Die Verbindung der MHP zur Kontra-Guerilla wird von **Sadi Somuncuoglu** hergestellt und gewährleistet. Die Agenten des **Türkischen Geheimdienstes (MIT)** erhalten ihren Innen-Einsatz direkt von hier. Vor einem Jahr wurde aufgedeckt, daß ein Offizier dieser Behörde der MHP Armeematerial und -waffen verkauft hat. Aber das Ereignis wurde rasch vertuscht.

Die dem "Speziellen Kriegsbüro" angegliederten Filialen der STK (Erforschung der Mobilmachung der Streitkräfte) beschäftigen Zivilpersonen, die die Aufgabe haben, Waffendepots anzulegen, die Ansichten des Volkes ihres Gebietes festzustellen, und Ermittlungen durchzuführen. Sie arbeiten mit der MIT zusammen. Diese Personen wurden beobachtet, wie sie an "Terror-Ereignissen" beteiligt gewesen sind. Außerdem ist bekannt, daß Waffen und Sprengstoffe in den Händen der MHP und den "Idealisten-Vereinen" aus diesen Quellen stammen.

Alle gefolterten Revolutionäre während der Zeit der Militärdiktatur vom 12. März 1971 erinnern sich an folgende Worte:

"Hier ist die direkt dem Oberkommando unterstellte Kontra-Guerilla Basis! Hier gibt es kein Grund- oder sonst was Gesetz! Wir bringen dich um und werfen dich auf die Seite!"

Diese Kontra-Guerilla, die die Hauptstütze der herrschenden Klasse war und ist, hat in dieser 12. März -Periode eine bedeutende Entwicklungszeit durchgemacht. Die wichtigste Erkenntnis war wohl, daß sie die Hauptstütze der herrschenden Klassen ist. Und ihr rascher Aufbau. Außerdem ist die Notwendigkeit entstanden, sich mit anderen Organisationen zu verbünden und vor allen Dingen zu koordinieren und die zivilen und militärischen Operationen von einer einzigen Zentrale aus zu leiten.

Laßt uns aus dieser Perspektive betrachten, mit welchen Organisationen sie eng zusammenarbeitet.

Das "Spezielle Kriegsbüro" arbeitet mit folgenden Organisationen eng zusammen:

Ermittlungsabteilung des Oberkommandos der Streitkräfte, Ermittlungsorgane des Innenministeriums - wie das Präsidium für Sicherheit (Polische Polizei), Nationale Sicherheits-Organisation, Polizei Organisation (POLBIR), ETKO, TIT (legale Formen sind MHP, die Idealisten-Vereine.

Diese ganzen Organisationen werden zentral geleitet.

Wir stehen vor einem faschistischen Gebilde, das im Staat selber institutionalisiert und mit ihren offiziellen zivilen und halbamtlichen Organisationen von oben nach unten strukturiert den Staat beherrscht.

Die Person, die in diese Organisation aufgenommen wird, leistet folgenden Eid:

"Sollte ich die hier erworbenen Kenntnisse irgendwo verraten oder veröffentlichen, bin ich damit einverstanden, daß mein Körper vernichtet wird."

Während der Haushaltsdebatte 1978 wurde zum erstenmal öffentlich über die den Staat beherrschende Kontra-Guerilla und ihren zivilen Ableger die MHP diskutiert. Die Abgeordneten der Republikanischen Volkspartei (CHP) Niyazi Ünsal und Süleyman Genc haben eine Reihe von Belegen veröffentlicht.

Auch der zu dieser Zeit in der Opposition sich befindende Ecevit, sprach von so einer Organisation und forderte Rechenschaft darüber. Um während seiner Regierungszeit weiterhin an der Macht zu bleiben, mußte Ecevit freilich, als diese Organisation auf der Tagesordnung der Debatte stand, den Schwamm darüber wischen und erklären, daß es solch eine Organisation nicht gibt.

Aber vor dieser aufschlußreichen Erklärung wurden in der Presse die folgende Erklärung des Präsidenten des Oberkommandos der Streitkräfte und die parlamentarische Erklärung der MHP bekannt.

Der Präsident des Oberkommandos befand in einem Brief an den Ministerpräsidenten Ecevit, daß *"im Zusammenhang mit der Kontra-Guerilla Debatte die Angehörigen der Streitkräfte beschuldigt"* würden und bat, die Debatte abzuschließen. Er führte weiterhin an, daß dabei auch einige

Informationen über die Verteidigung der Türkei preisgegeben würden, die geheim bleiben sollten.

Im Parlament sprach die MHP in der gleichen Richtung:

"Die Untersuchungen über die Kontra-Guerilla sollten stattfinden, jedoch sollten einige Themen dabei nicht erörtert werden, um das Heil des Landes nicht zu gefährden." (Beide Zitate aus den türk. Zeitungen "Hürriyet" und "Milliyet" vom 1.2.78)

Die Dinge, die als Staatsgeheimnisse deklariert wurden, haben nichts mit "Geheimnissen" zu tun. Zum Beispiel diejenigen Bücher, die in jeder Stufe der Streitkräfte kursieren und in der Ausbildung gebraucht werden, tragen den Stempel "Geheim". Sie sind meistens vom CIA.

Das Buch des CIA-Agenten Galula ist ins türkische übersetzt worden und gilt als Schulungsbuch. Das Hauptbuch der Landstreitkräfte ist das Buch FM-31-15 der amerikanischen Streitkräfte. Das Ziel der Ausbildung beim "Speziellen Kriegsbüro" wird so definiert:

"Der Soldat soll auf den Kampf gegen seine eigenen Landsleute vorbereitet werden."

Überflüssig, dem ein Wort hinzuzufügen. Die in unserem Land stattfindenden faschistischen Morde und den Terror nur der MHP zu sehen und den anti-faschistischen Widerstand nur darin zu sehen, den Faschismus nicht zur Macht kommen zu lassen, ist ein großer Irrtum.

Wir wollen nur einige Passagen aus einem Ausbildungsbuch der Streitkräfte zitieren:

"Der Zweck dieses unheilvollen Terrorismus ist Das kann durch beliebige terroristische Aktionen, wie Bombenexplosionen, Brände, Attentate ...herbeigeführt werden. Um diese Operationen durchzuführen, braucht man sehr wenige Menschen."

Der zweite Schritt ist der des ausgewählten Terrorismus.

"Der ausgewählte Terrorismus folgt unmittelbar dem beliebigen Terrorismus. Der Zweck ist ... das Volk in den Kampf zu bringen und mindestens sich der passiven Mitschuld des Volkes zu versichern. Und das geschieht, in dem man an verschiedenen Stellen des Landes Beamte der niedrigen Ränge, die dem Volk am nächsten stehen, wie z.B. Polizisten, Briefträger, Bürgermeister, Stadtratmitglieder und Lehrer, zu ermorden. Durch das Töten von höher gestellten Beamten und Angestellten des Staates kann kein Zweck erreicht werden. Da die höher gestellten Beamten vom Volk weit weg sind, kann damit kein Beispiel praktiziert werden."

In diesen Sätzen ist die türkische Wirklichkeit dargestellt.

Da haben wir die Ermordung des Bürgermeisters von Malatya, die Morde an Lehrern, Stadträten, ...

Das Ziel sind nicht nur sie.

" Personen mit liberalen Ansichten sind auch Ziele terroristischer Operationen."

Die Gründe, warum der fortschrittliche Anwalt Dogan Öz, Mitglied des Lehrkörpers Bedrettin Canert, Prof. Cahit Tanilli ermordet worden sind, sind in diesen Sätzen enthalten.

Aus all diesen Gründen sagen wir:

- 1) Die herrschenden Klassen haben dem ganzen Volk einen Vernichtungskrieg eröffnet.
- 2) Das Volk wird öffentlich zum Feind erklärt und Streitkräfte, Polizei und Gendarmerie werden auf der Grundlage und den Erkenntnissen des Bürgerkrieges gegen diesen 'Feind' ausgebildet.
- 3) Diese Ausbildung wurde Anfang 1980 in Izmir auf dem Rücken der TARIS Arbeiter und armen Bauern erprobt.

Der Faschismus ist im Staat organisiert und der offizielle Terror erreicht diejenigen Stellen, die der Terror der Idealisten-Vereine und der Staats-Terror der zivile Terror nicht erreicht und ergänzt sie.

Die Pflicht ist es diesen Bürgerkrieg zu akzeptieren und sich zu organisieren. Der "Revolutionäre Weg" (DEV-RIMCI YOL) macht dieses.

Faschismus und Antifaschistischer Kampf (I)

I.
Die Faschismuskussion muß konkret geführt werden. Dies kann nicht oft genug wiederholt werden. Der antifaschistische Kampf kann nämlich nur dann vom Erfolg gekrönt sein, wenn wir uns von Schwätzereien Dimitroff zählte "*die nichtsbringende, allgemeine Diskussion über den Charakter des Faschismus*" zu den Erfolgsgründen des Faschismus in Deutschland. Bei uns wird aber nicht nur allein über den Faschismus abstrakt diskutiert, sondern prinzipiell über alle Dinge, die irgendwie mit den allgemeinen Grundsätzen des Marxismus im Zusammenhang stehen. Nicht zur Sache gehörige Zitate sollen dabei die "tiefe Weisheit" unserer "Stubengelehrten" beweisen. Dadurch kann man zwar Bände vollschreiben, aber dennoch nichts Konkretes zur Sache sagen. Hinzu kommt, daß dabei die marxistische Theorie zu einem Sinn- und zusammenhangslosen Kauderwelsch entartet. Die Auswendiglernerei ist grundsätzlich etwas Antimarxistisches. Dergleichen ist die Zitatensklaberei ein eklektizistisches, prinzipienloses, hohles, "revolutionäres" Gekreische, so "orthodox", "marxistisch-gelehrt", "wissenschaftlich verbrämt" sie auch sein mag.

Die Faschismuskussion macht hier keine Ausnahme. Diejenigen, die versuchen, über praxisfremde Begriffe abstrakt zu diskutieren, dienen im Grunde genommen nur denen, die im antifaschistischen Kampf kapitulante und pazifistische Vorstellungen verbreiten. Besonders nach der 12. März-Ära haben sich bei uns reaktionäre Ideen breit gemacht, die eindeutig nur dem Faschismus dienen. Man pflegt zu sagen, daß man den antifaschistischen Kampf aufgeben soll, "um einem faschistischen Putsch ja nicht als Vorwand zu dienen". Während die Faschisten angriffen, (um die für den Faschismus notwendige Massenbasis zu schaffen) stimmten die Sozialdemokraten, die Revisionisten etc. immer das

gleiche Klagegedicht an: Aufgepaßt, sie wollen provozieren und dies zum Vorwand nehmen, um den Ausnahmezustand (Faschismus) einzuleiten. Wir dürfen nicht in die Falle gehen und Gleiches mit Gleichem beantworten. Greifen die Faschisten die Schulen an, so sollen wir zulassen, daß man die Schulen schließt. Greifen sie die Betriebe an, so sollen wir gefälligst das Maul halten. Lassen wir doch die Schulen und die Betriebe in die Kontrolle der Faschisten übergehen! Hauptsache die "Demokratie" (!) geht dabei nicht flöten!

Das Hauptkriterium für die Richtigkeit der antifaschistischen Ideen ist, was sie überhaupt zur Sache zu sagen haben. Wenn diese Querköpfe trotz des ideologischen Kampfes seitens der Revolutionäre und der Belehrung eines besseren durch die soziale Praxis immer noch ihre Vorstellungen verbreiten können, so nur deshalb, weil es Leute gibt, die in Schreiben von Aufsätzen über allgemeine Begriffe unschätzbare Dienste erweisen. Um den antifaschistischen Kampf vorwärts zu bringen, müssen wir diesen Zirkel sprengen. Nur wenn wir diese Scholastik überschreiten und die Faschismuskussion auf das Konkrete zurückführen können, sind wir imstande, etwas Positives zustande zu bringen. Deshalb muß die Diskussion über den Faschismus und den antifaschistischen Kampf unbedingt konkret geführt werden. Das bedeutet, daß wir im antifaschistischen Kampf **Konkrete Ziele, Kampfmethoden eines konkreten Programms und eine Bündnispolitik angeben müssen.**

Der Sieg des antifaschistischen Kampfes hängt von der Bestimmung und Propagierung einer richtigen Kampflinie und der Umsetzung derselben in die Praxis ab. Wir wollen in dieser Schrift die wesentlichen Probleme dieses Kampfes erörtern und unsere Meinung dazu zusammenfassend darstellen.

II.

Der Faschismus trat nach dem ersten imperialistischen Aufteilungskrieg als eine alternative Herrschaftsform der Bourgeoisie auf. Die Bourgeoisie griff zum Faschismus, weil die Nachkriegsjahre von einer einschneidenden ökonomischen, sozialen und politischen Krise gekennzeichnet waren, die einhergingen mit der Drohung der proletarischen Revolutionen (Oktoberrevolution), und für die Bourgeoisie nicht die Aussicht bestand, mit den Methoden der bürgerlichen Demokratie ihre Klassenherrschaft aufrecht zu erhalten. Diese Entwicklung, die zum ersten Mal in Italien und Deutschland zum Tragen kam, war eigentlich die konsequente Durchsetzung einer Politik, die mit dem monopolistischen Charakter des Imperialismus entstanden war. Die Staatsform der (Monopolistischen) Bourgeoisie war eine offene (unmittelbare) Diktatur und stützte sich auf terroristische Methoden. Dadurch zeichnet sich der Faschismus von allen anderen Staatsformen der Bourgeoisie aus. Als Lenin die verschiedenen Herrschaftsformen und -methoden der Bourgeoisie untersuchte, schrieb er:

"... Die Bourgeoisie wendet in jedem Land zwei Herrschaftssysteme zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft an. Sie lösen sich manchmal ab; manchmal gehen sie ineinander über. Die erste dieser Methoden ist die Gewalt. Sie lehnt die Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung grundsätzlich ab, unterstützt alle historisch überholten Institutionen, steht Reformen unversöhnlich gegenüber. Dies ist eine reaktionäre Politik, die in Westeuropa immer weniger die Politik der Grundbesitzer und immer mehr eine allgemeine Form der Bourgeoisieherrschaft wird. Die zweite der Methoden ist der "Liberalismus". Es ist die Politik der kleinen Schritte zum Ausbau der politischen Rechte, für Reformen und Zugeständnisse. Die Bourgeoisie geht nicht von der einen Methode zur anderen über, weil die Individuen böse sind oder nur vorübergehend diese Herrschaftsform einführen wollen, sondern weil die Bourgeoisie in einer widersprüchlichen Lage ist."

Die bürgerliche Demokratie und der Faschismus sind zwei Formen der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, die verschiedenen Entwicklungsstufen des Kapitalismus entsprechen.

Historisch gesehen entstand die bürgerliche Demokratie im Konkurrenzkapitalismus und sanktionierte im Gegensatz zu früheren Herrschaftsformen die "Gleichheit" und "Freiheit" aller vor dem Gesetz. *"Die formelle 'Freiheit' und 'Gleichheit' der bürgerlichen Demokratie ist eine Widerspiegelung der 'Freiheit' und 'Gleichheit' beim Warenaustausch auf der Ebene der politischen Institutionen."*

Der Faschismus entstand jedoch als Folge der ökonomischen Besonderheiten des Imperialismus. Der Imperialismus setzte an die Stelle der freien Konkurrenz das Monopol und negierte damit entsprechend seinem ökonomischen Wesen die Demokratie. Das ökonomische Monopol erzeugte das politische Monopol. Die politische Rückständigkeit des Monopolkapitalismus fand ihren Ausdruck erst im Faschismus.

Wir finden im Komintern-Programm von 1928 folgende Überlegungen über den Faschismus:

"Die Verschärfung des Klassenkampfes in der imperialistischen Epoche und die Intensivierung der Faktoren des Klassenkampfes; insbesondere nach dem imperialistischen Weltkrieg; verursachten den Bankrott des Parlamentarismus. Infolgedessen entstanden 'neue' Herrschaftsmethoden und -formen ... Unter gewissen historischen Bedingungen nimmt der Angriff der bürgerlichen imperialistischen Reaktion die Form des Faschismus an ... Dies ist die terroristische Diktatur des Grosskapitals."

III.

Im Rahmen der marxistischen Staats- und Revolutionstheorie wurden über die Faschismusdefinition und den Vergleich mit der bürgerlichen Demokratie Kritikpunkte geäußert. Aus Gründen, die wir eingangs erwähnt haben, hielten wir uns mit dieser Diskussion nicht lange auf. Über diesen Gegenstand publizierten wir schon einige Schriften und einen Artikel, die das "Elend" dieser Diskussion zu Genüge bewiesen haben. Wir müssen aber leider feststellen, dass wegen dem geringen ideologischen Niveau bei uns durch demagogische Argumentationen eine gewisse Konfusion in den Köpfen erzeugt wurde. Deshalb möchten wir in diesem Zusammenhang einige Diskussionspunkte kurz erwähnen. I) Lenin betonte (wie zuvor auch Hilferding), dass der Imperialismus der politischen Reaktion und die Demokratie der freien Konkurrenz entsprechen. Können wir also sagen, dass in der imperialistischen Epoche die bürgerliche Demokratie überholt ist? Lenin schrieb in seinem Buch über den Imperialismus: *"Monopole, Oligarchie, das Streben nach Herrschaft statt nach Freiheit... - all das erzeugte jene Merkmale des Imperialismus, die uns veranlassen, ihn als parasitären oder in Fäulnis begriffenen Kapitalismus zu kennzeichnen."* Aus diesen und ähnlichen Gründen stellte man die Behauptung auf, dass in der imperialistischen Epoche nicht mehr von bürgerlicher Demokratie gesprochen werden kann und an ihre Stelle der "oligarchische Staat" zu setzen sei. KSD versucht zu "beweisen" (I), dass Lenin in oben angeführtem Zitat die Oligarchie im Sinne von einer Staatsform verwendet.

Dieser Standpunkt hat nichts zu tun mit der marxistischen Staats- und Revolutionstheorie.

Durch Hinüberwachsen des Kapitalismus in den Imperialismus hörte die bürgerliche Demokratie, die angemessene Überbauform zu sein, auf. Man darf aber daraus nicht schliessen, dass die bürgerliche Demokratie grundsätzlich überholt ist. Dies wäre ein ökonomistischer Fehler. Es kommen sehr wohl verschiedene politische Zustände in der imperialistischen Epoche vor, wo die bürgerliche Demokratie abgeschafft ist. Das beste Beispiel dafür ist der Faschismus. Trotzdem kann man aber nicht behaupten, dass die bürgerliche Demokratie überholt ist. Dieser Standpunkt rührt von einer ökonomistischen Auffassung der Wechselwirkung zwischen Basis und Überbau her. Im Gegensatz zu bürgerlichen Ideologien, die die Ökonomie von der Politik, die Basis vom Überbau und den Staat von den Klassen trennen, geht der Marxismus davon aus, dass der Überbau in letzter Instanz durch die ökonomische Basis bestimmt ist. Dies hat aber nicht zu bedeuten, dass der Überbau oder die Politik und der Staat eine einfache Widerspiegelung der ökonomischen Basis sind. Diese eindeutige Widerspiegelung der Ökonomie in der Politik ist ein ökonomistischer, vulgärer Materialismus, den der Marxismus entschieden ablehnt. Die fehlende Einsicht in die relative Unabhängigkeit des Überbaus führt im Marxismus zum Vulgärmaterialismus. Lenin kritisierte den Standpunkt von Kievsky, der die ökonomischen Tendenzen des Imperialismus auf die demokratischen Rechte (und die Demokratie!) ebenfalls anwenden wollte: *"Wir akzeptieren - zu Recht - die Dominanz des ökonomischen Faktors. Aber die Auslegung a la Kievsky ist nichts anderes als eine Karikatur des Marxismus... Trotz der Kongruenz in der Hauptmerkmalen weisen sogar die entwickelten imperialistischen Länder - Amerika, England, Frankreich, Deutschland - grosse politische Unterschiede auf. Auch auf dem Weg von heutigem Imperialismus zur morgigen sozialistischen Revolution müssen sich vielfältige Formen ergeben."* Was ist nun der Grund dafür, dass KSD, die in der imperialistischen Epoche vom Verschwinden der bürgerlichen Demokratie spricht, das Elend a la Kievsky teilt?

Das ist zweifellos keine zufällige Analogie. Lenin resümierte den Standpunkt von Kievsky folgendermassen: *"... Der imperialistische Krieg ist die aufflammende Gewalt der Demokratie. Deshalb kann man in den reaktionären Monarchien oder fortgeschrittenen Republiken von 'demokratischen Rechten' (also von der Demokratie) gar nicht reden."*

KSD vertritt die Ansicht, dass der Grundgedanke dieses Abschnitts von Lenin stammt, wohingegen jedoch Lenin in seiner Polemik gegen Kievsky gerade die Wurmstichigkeit dieser ekonomistischen Logik aufs Korn nahm. Er erklärte, dass man sich nicht 'Sozialist' nennen darf, solange man die "demokratischen Rechte" (d.h. die Demokratie) nicht verteidigt. Lenin bezeichnete Kievsky einen imperialistischen Ekonomen, weil dieser gegen das Selbstbestimmungsrecht auftrat. Aber KSD ist nicht einmal so konsequent wie Kievsky. Sie behauptet, man könne die demokratischen Rechte erlangen, weil "der Imperialismus die demokratischen Rechte nicht leugnet." Der Imperialismus leugne nur die Demokratie en bloc. Was für ein Unsinn! Oder eine Karikatur des Ekonomismus.

"Als 'Negation' der Demokratie 'negiert' der Imperialismus ebenso die Demokratie in der nationalen Frage (d.h. die Selbstbestimmung der Nationen). 'Ebenso' - d.h. er ist bestrebt, sie zu verlegen; ihre Realisierung ist im Imperialismus genau im gleichen Masse und im gleichen Sinne schwieriger, in welchem die Realisierung der Republik, der Miliz, der Wahl der Beamten durch das Volk usw. im Imperialismus (im Vergleich zum vormonopolistischen Kapitalismus) schwieriger ist..."

Es lohnt sich nicht mehr, über die Sache weiter zu diskutieren!

2) Auch die Demokratie ist eine Staatsform. In der bürgerlichen Demokratie kann man nur vom Standpunkt der ganzen Bourgeoisie her von Demokratie sprechen. Im Imperialismus reisst aber die Oligarchie die Staatsmacht an sich. Kann man also davon ausgehen, dass an die Stelle der bürgerlichen Demokratie die oligarchische Staatsform getreten ist? Dies wäre auch eine einseitige Auffassung des marxistischen Demokratiebegriffes. Was die bürgerliche Demokratie charakterisiert, ist nicht die Tatsache, ob sie für die Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit gilt oder nicht. Lenin meint dazu: *"Die marxistische Antwort auf die Frage nach Demokratie ist die, dass das Proletariat im Klassenkampf gegen die Bourgeoisie alle demokratischen Gesetze und Rechte ausnutzen muss, um die Bourgeoisie zu stürzen und den Sieg davon zu tragen."* Indem die bürgerliche Demokratie im Gegensatz zu früheren Staatsformen alle Staatsbürger für "frei" und "gleich" erklärte und ihnen das Recht einräumte, die Staatsgeschäfte zu führen, liess sie zu, dass man den Klassenkampf offener führt und dabei "weniger Unterdrückung" ausgesetzt wird. Dies ist das Hauptcharakteristikum der bürgerlichen Demokratie. Wenn man den Klassencharakter in den Vordergrund treten lässt, dann bleiben die Herrschaftsmethoden unberücksichtigt. Dies würde zwangsläufig dazu führen, daß man diejenigen Länder, die den Herrschaftsmethoden nach völlig verschieden sind, doch noch in denselben Topf wirft.

In der imperialistischen Epoche verschob sich das Klassenpektrum des Staates zu Gunsten der Monopole. Parallel zu dieser Entwicklung erzeugte der Imperialismus Gewalt, Reaktion und Herrschaftsgelüste. Der Imperialismus negierte die Demokratie. Trotzdem kann man aber nicht sagen, dass die parlamentarische, bürgerliche Demokratie ihre Lebensberechtigung auch vom Standpunkt der Grossbourgeoisie verloren hätte. Die bürgerliche Demokratie ist nämlich eine Herrschaftsform, durch die die Grossbourgeoisie die Unterdrückten am besten manipulieren, ihre Diktatur vertuschen und mit geringstem Aufwand das

Meiste erreichen kann. Darüber hinaus kann man sie nicht nach Belieben abschaffen, solange die Arbeiterklasse lange und konsequent genug dafür kämpft. Die Grossbourgeoisie verlässt diese seine Position so lange nicht, solange sie nicht in eine Lage gebracht wird, in der sie durch die Politik der "Zugeständnisse" nicht vorwärts kommen kann. In diesem Fall entledigt sie sich entliehener Herrschaftsformen und greift zu ihrer ureigenen Staatsform, zum Faschismus.

Es ist aber ebenso falsch, zu behaupten, dass der Imperialismus die Demokratie bis auf die Grenzen der Oligarchie eingeeengt hat. es ist mit der marxistischen Theorie unvereinbar, dass die bürgerliche Demokratie aufgrund des "Hegemoniestrebens", der "Gewaltherrschaft" und Reaktion des Imperialismus überholt sei.

IV.

Kann von unterschiedlichen Formen des Faschismus die Rede sein? Dimitroff schreibt dazu: *"Lenin warnte uns entschieden vor eingleisigen Methoden und mechanischen Verallgemeinerungen, sowie vor der Trennung der taktischen und kämpferischen Formen."* *"Keine allgemeine Definition des Faschismus - selbst wenn sie richtig ist - befreit uns von der Untersuchung der Besonderheiten der verschiedenen Faschismusvarianten und der unterschiedlichen Entwicklungsstufen in allen Ländern."*

Diejenigen, die in mechanischen Verallgemeinerungen festgefahren sind, können sich von abstrakten Definitionen nicht trennen und machen aus der marxistischen Theorie ein Gelehrsamkeitsspiel. Dimitroff meint, dass man diese Leute "lächerlich machen" muss. Es geht aber hier nicht allein um die Lächerlichkeit dieser Angeber.

Viel wichtiger sind die Hindernisse, die von mechanischen Verallgemeinerungen dem antifaschistischen Kampf in den Weg gestellt werden. Der Faschismus wird hiernach mit den klassischen, europäischen Formen identifiziert. Die Besonderheiten unseres Landes bleiben dabei unberücksichtigt. Die antifaschistischen Erfahrungen anderer Länder werden direkt auf unsere Situation angewendet. Deshalb fügt diese falsche Einschätzung mit ihren historischen Analogieschlüssen dem antifaschistischen Kampf grossen Schaden zu.

Dimitroff's diesbezügliche Ausführungen sind sehr bedeutungsvoll:

"... Auch in Kolonien und Halbkolonien ist der Faschismus in Entwicklung begriffen. Mit seinen gewohnten Formen in kapitalistischen Ländern Italien und Deutschland hat aber dieser Faschismus nicht viel zu tun. Hier müssen wir die besonderen ekonomischen, politischen und geschichtlichen Bedingungen berücksichtigen."

"Die denkfaulen Genossen untersuchen nicht konkret die wirklichen Lebensphänomene und die Beziehungen zwischen den Klassenkräften. Anstatt dessen kommen sie mit allgemeinen Formeln. Dies erinnert uns nicht gerade an unfehlbare Scharfschützen, sondern an solche, die entweder zu hoch oder zu niedrig, zu weit oder zu kurz schiessen und immer das Ziel verfehlen."

Jawohl, auch wir haben von diesen "unfehlbaren" Scharfschützen mehr als genug.

Der Faschismus und der antifaschistische Kampf in Kolonien und Halbkolonien muss in ihren Besonderheiten untersucht werden. Ohne dies ist der Erfolg des antifaschistischen Kampfes in diesen Ländern unmöglich.

Wir wollen das in unserer nächsten Nummer behandeln und unsere Vorstellungen über den Faschismus und den antifaschistischen Kampf in der Türkei darlegen.

Zur Frage des Faschismus und des Kampfes gegen den Faschismus (II)

"Wir sind gegen alle vorgefertigten Schemata. Anstatt irgendwo oder überall uns nach bestimmten Schemata zu richten, wollen wir die konkrete Situation ; an einem bestimmten Ort und zu einer bestimmten Zeit - in Angriff nehmen und uns dementsprechend verhalten. In verschiedenen Situationen ist das Verhalten der Sozialisten nicht gleich. Wir wollen uns alle Stufen des Klassenkampfes und des Erwachens des Klassenbewußtseins in den Massen vor Augen halten, um die Lage der revolutionären Bewegung auf jeder Stufe und die konkreten Probleme herauszufinden und zu lösen." (G. Dimitrov: Aufgaben der III. Internationalen bezüglich der faschistischen Angriffe und des Kampfes gegen den Faschismus durch die Arbeiterklasse (1935))

Wir hatten herausgestellt, daß in unserem Lande der größte Fehler in dem Ansatz liegt, die Frage des Faschismus und des Kampfes gegen den Faschismus stets "allgemein" zu behandeln und nicht auf die konkrete Ebene zu holen. Dieses methodische Gebrechen wird im Konkreten des Kampfes gegen den Faschismus in noch verstärkter Form wiederholt. Noch dazu muß hier von einer Abweichung von den Kampfzielen des Proletariats (und der arbeitenden Bevölkerung) und davon, daß Fehler bezüglich der konkreten politischen Aufgaben auf die Tagesordnung kommen, gesprochen werden.

Wenn die Faschismusfrage auf solch eine antimarxistische Weise aufgegriffen wird, kommt eine Einschätzung zustande, die die faschistische Diktatur mit den Formen gleichsetzt, wie sie in den kapitalistischen europäischen Ländern am Ende der 20er Jahre entstanden waren. Ausgehend davon wird versucht, die Vorschläge und Praktiken, die für Länder gelten, die ihre bürgerliche demokratische Revolution beendet haben, in gleicher Form auf unser Land zu übertragen. Was wir auf diese Weise erleben, ist nichts anderes als die prunkvolle Verteidigung von Zielen, die für unser Land nicht gelten werden, von Kampfmethoden und opportunistischen Ansichten mit einer dem Dogmatismus angemessenen "Orthodoxie".

Der Dogmatismus kommt immer dadurch zum Vorschein, daß er die Veränderungen der zeitlichen und räumlichen Elemente verbirgt, "vergißt". Es ist interessant, daß diejenigen, die auf diese Weise die ganze Besonderheit des Marxismus beseitigen, die Vorschläge und Praktiken, die in anderen Ländern unter anderen Bedingungen entstehen, auf mechanische Weise und unter Hinweis auf grobe geschichtliche Parallelen verteidigen und die Revolutionäre der Leugnung des Marxismus beschuldigen; sie wollten ihn revidieren. Es ist möglich, dafür zahllose Beispiele zu finden.

FASCHISMUS vom KOLONIALEN TYP

Wie wir schon am Ende unseres Artikels in der letzten Ausgabe feststellten, betonte Dimitrov bei seiner letzten Rede zum Bericht des 7. Kongresses der kommunistischen Internationalen, daß es in kolonialen und halbkolonialen Ländern keinen Faschismus von der Art, wie er in entwickelten kapitalistischen Ländern zu sehen sei, geben werde und erinnerte daran, daß er schon bei den Diskussionen auf eine Entwicklung der faschistischen Bewegung in diesen Ländern hingewiesen habe. Dimitrov sagte, daß der Faschismus in diesen Ländern von Grund auf den politischen, wirtschaftlichen und geschichtlichen Bedingungen gemäß besondere Formen annehmen wird und verglich die, die sich an allgemeine Formeln halten und ständig das Ziel verwechseln, mit schlechten Rittern.

Eigentlich ist es nicht einmal möglich diejenigen, die sagen, man müsse die klassische Definition von Faschismus nehmen und schauen, ob sie auf die Türkei anzuwenden sei, oder die, die allgemeine Erklärungen oder Geschwätz über den Staat anstellen, mit den üblen Rittern zu vergleichen, die ständig das Ziel verfehlen. Denn unsere "edlen Ritter" lassen nur "Rohrkrepierer" los. Der Faschismus vom kolonialen Typ sei ein "antimarxistischer Begriff".

Wie jede politische Erscheinung tritt auch der Faschismus als Produkt der Entwicklung vom Kampf der herrschenden Klassen mit den unterdrückten Klassen auf (unter bestimmten ökonomischen, historischen, sozialen, politischen und psychologischen Bedingungen). Der Faschismus wurde in Verbindung mit der Entwicklung des Imperialismus als ein Produkt der Finanzkapitalorientierung hervorgebracht und besitzt wie alle Dinge, die sich in Verbindung zum Imperialismus entwickeln (das gilt nicht nur für Orte, wo die Herrschaft des Finanzkapitals existiert), eine internationale Qualität. Es ist unausweichlich, daß der Faschismus, der sich in kolonialen oder halbkolonialen Ländern entwickelt, eine Eigenschaft annimmt, die den jeweiligen Bedingungen entspricht. Aus diesem Grunde kann man die Frage des Faschismus in Ländern wie dem unseren und den Kampf dagegen nicht richtig verstehen, wenn man sich nicht den entsprechenden Aufbau von kolonialen und halbkolonialen Ländern, sowie die Vereinigungen und Formen des Klassenkampfes, die für diese Länder typisch sind, vor Augen hält.

II. Bei der Untersuchung des Faschismus sagt Dimitrov in Bezug auf die südosteuropäischen Länder mit halbkolonialer Qualität, die ihre bürgerlich-demokratischen Revolutionen nicht beendet haben:

"... Die besonderen Bedingungen in den Ländern Süd-osteuropas verschaffen dem Faschismus eine ihm eigene Qualität. Diese Besonderheit liegt im Gegensatz zum Beispiel von Italien (und Deutschland, D.Y.) darin, daß der Faschismus nicht durch eine Massenbewegung von unten zur Macht kommt, sondern in der Form einer von oben kommenden Regierungsform auftritt. Der Faschismus bemüht sich, die Kontrolle des Staates, die Militärgewalt der Bourgeoisie und die finanziellen Möglichkeiten des Bankkapitals zu übernehmen, die Massen zu bearbeiten, sich zu verbreiten und sich eine ideologische, politische und organisatorische Basis unter den Massen zu schaffen."

Dimitrov faßt in seinem Artikel 'Kampf gegen Faschismus und gelbe Gewerkschaften' die Besonderheiten der süd-osteuropäischen Länder (in Bezug auf koloniale-halbkoloniale Länder verallgemeinbar) folgendermaßen zusammen:

"Auf dem Balkan und in Ungarn ist die bürgerlich-demokratische Revolution noch nicht beendet. Die Bourgeoisie hat keine der ihr zukommenden revolutionären Aufgaben, wie zum Beispiel der Bevölkerung auf ideologischem und politischem Gebiet einen Weg gegen den Feudalismus und die vergangene Monarchie zu zeigen, verwirklicht. Da eine solche bürgerlich-demokratische Revolution noch nicht gemacht wurde, sind die Dörfer noch keine Bodenbesitzer. Zu alledem sind sie zum Ziel für eine gewissenlose Ausbeutung und Ausplünderung geworden, um die erste Kapitalanhäufung zu sichern. Der Feudalismus konnte nicht beseitigt werden. Die Völkerfrage konnte nicht gelöst werden."

Die Balkanländer und Ungarn sind halbe Kolonien des Imperialismus. Diese Länder sind schwache Landwirtschaftsländer, die der starken Konkurrenz des weitentwickelten Kapitalismus der imperialistischen Länder gegenüberstehen. ... Ihre Möglichkeiten, den Kapitalismus zu stabilisieren und die Produktion rationell zu gestalten, sind äußerst unzureichend. (...)

... Die Bourgeoisie dieser Länder ... hat das Proletariat erbarmungslos ausgebeutet und die Landmassen ausgeraubt ... Die Arbeiter sind zu einem schweren und langen Kampf gezwungen, wenn sie auch nur kleinste Einkünfte haben wollen. ... Die Bourgeoisie ist nicht in der Lage, ernste ökonomische Zustände zu machen, um die Kluft zwischen sich und der arbeitenden Bevölkerung zu schließen. (...)

Die Bourgeoisie kann nur durch einen zum Schaden der Volksmassen eingesetzten Faschismus ihre Herrschaft sichern, den revolutionären Aufbruch der Massen unterdrücken und kapitalistische Stabilität und Rationalität erreichen."

So wie es nur natürlich ist, daß als Ergebnis der Besonderheiten in Länder, wo die bürgerlich-demokratischen Revolutionen nicht vollendet wurden, sich der politische Überbau auch anders darstellt als in kapitalistisch-imperialistischen Ländern, ja sogar zwingend ist, so zwingend ist es auch, daß die faschistischen Diktaturen hier eine andere als die "klassischen" Formen annehmen. In solchen Ländern unterscheidet sich der Faschismus, der mit Hilfe des vorhandenen Staatsapparates entsteht, von der klassischen Form speziell an dem Punkt, daß er keine breite Massenbasis besitzt. Da die bürgerlich-demokratischen Einrichtungen nicht vorhanden sind, der Staat noch keine bürgerlich-demokratische Qualität besitzt und die herrschenden Klassen der Bourgeoisie nicht in der Lage sind, ernste ökonomische Zugeständnisse zu machen, wird mit Hilfe - unter Führung - des vorhandenen Staatsapparates eine Hinwendung zum Faschismus erreicht, um die entstehenden Klassenkämpfe niederzuhalten

und sich von der Krise zu befreien. Ein anderer grundsätzlicher Punkt, der diese Entwicklung ermöglicht, ist zweifellos die Tatsache, daß es in solchen Ländern keine verwurzelte demokratische Kampftradition gibt.

III

Die Punkte, die durch Dimitrovs Erklärung aufgezeigt wurden, gelten auch für Länder, die weiter entwickelt sind und wo der Kapitalismus sich von oben nach unten entwickelt hat, wie in unserem oder ähnlichen Ländern. Denn wenn der Kapitalismus sich von oben nach unten entwickelt hat, zeigt sich als Ergebnis der Besonderheit der Entwicklung eine Abhängigkeit vom Imperialismus. Während die harte imperialistische Ausbeutung auf der einen Seite die großen Arbeitermassen in Armut stößt, bringt sie auf der anderen Seite Schwäche und Kraftlosigkeit der herrschenden Klassen mit sich, die den Gewinn der Ausbeutung mit dem ausländischen Kapital teilen müssen. Da die Wirtschaft in jeder Hinsicht vom Ausland abhängig ist, verzerrt und unausgeglichen aufgebaut ist, ist sie in einer ständigen Krise (die Rede ist hier von einer auf Montage gestützten Industrialisierung. Der Primärsektor ist unzureichend. Bezüglich Finanzierung und Rohstoffe - als Zwischengut eingeführt - ist von einer kompletten Abhängigkeit vom Ausland die Rede u.ä. Diese Situation erschafft eine Grundlage, die ständig Probleme aufwirft). Die nationale Monopolbourgeoisie, die als verlängerter Arm des Imperialismus auftritt, und die Großgrundbesitzer bilden mit ihren stärksten Vertretern eine Oligarchie (das Bündnis der herrschenden Klassen). Sie kann den Arbeitermassen keine ernsthaften Zugeständnisse machen. Da es im Lande keine starke Arbeiterbewegung, keine starke demokratische Bewegung gibt, kann sie eine Herrschaft führen, die den klassischen bürgerlichen Demokratien nicht ähnelt, bei der die demokratischen Rechte und Freiheiten in großem Maße beseitigt sind, um die entstehende revolutionäre Opposition niederzutreten. Diese Herrschaft, die sich auf eine Politik der Unterdrückung und Einschüchterung der Arbeitermassen stützt (dies ist das Grundmittel der Politik der offenen-geheimen Staatsmächte, der zivilen-faschistischen Kräfte und des durch das Kriegsrecht hervorgerufenen Terrors), ist auch in anderen Belangen verschieden von den klassischen faschistischen Regime. Es gibt zwar immer im Unterschied zu klassischen faschistischen Regimen beschränkte und wenige demokratische Rechte. Beispielsweise wurde in der 12. März-Periode (Zeit der Militärherrschaft von 1971 bis 1973; der Übersetzer) das Parlament nicht aufgehoben und neben den Parteien konnten auch zwei große Arbeitergewerkschaften (wenn auch nur zu Schau) ihre Existenz fortführen. In diesen Situationen, wo die Qualität der Herrschaft sich sowohl von den bürgerlichen Demokratien als auch von den klassischen faschistischen Herrschaftsformen unterscheidet, aber die Herrschaft der Monopolbourgeoisie sich auf Unterdrückung und Terror stützt, sagen wir, daß es notwendig ist, von einem Faschismus kolonialen Types zu reden. Dies wird auch nicht dadurch verändert, daß die demokratischen Rechte und Freiheiten wegen einer noch nicht entwickelten breiten und starken Massenbasis noch nicht aufgehoben werden. Der Faschismus bemüht sich mit Unterstützung des vorhandenen Staatsapparates, mit Hilfe des durch die Staatskräfte organisierten faschistischen Terrors (und Dämagogie) sich selbst eine Massenbasis zu schaffen. Falls diese Entwicklung abgeschlossen wird, kann es dazu kommen, daß der gesamte Staatsapparat faschisiert wird und alle Rechte und Freiheiten beseitigt werden. In allen Ländern wie dem unseren ist dies die Richtung der Entwicklung des Faschismus. Die wichtigste Schlußfolgerung dieser Auswertung ist, daß das Eigentliche des Kampfes gegen den Faschismus sich gegen den Staat zu richten hat. Kampf gegen den Faschismus kann nicht als Kampf gegen die zivile Abteilung des Faschismus, die MHP, betrachtet werden.

IV

Die wichtigste Frage hier in einer solchen Lage, an Orten, wo er noch nicht zu einer breiten und starken Massenbasis gekommen ist und die Entwicklung für eine Massenbasis nicht abgeschlossen ist, ist, daß im Unterschied zu den klassisch gewordenen Beispielen es "erlaubt" werden kann, daß Arbeiterorganisationen, Gewerkschaften und "Oppositions"-Parteien - allen voran sozialdemokratische Parteien - aktiv sind. Diese Lage schafft vom Standpunkt dieser Länder ein Erscheinungsbild, das den bürgerlichen Demokratien ähnelt und ist der Grund für Fehleinschätzungen (3). Als Ergebnis müssen wir uns damit befassen, daß die Kampfziele, die für den Kampf gegen den Faschismus in entwickelten kapitalistischen Ländern gelten, fälschlich auf diese Art Länder übertragen wird und von den antifaschistischen Kampfzielen abgewichen wird.

Ein Beispiel aus 'Kitle' (politische Zeitschrift; der Übersetzer): ... *"Solche ein Land, in dem die Arbeiter Gewerkschaften gründen und einigermaßen streiken können. Politische Organisation ist ein Grundrecht, auch ein wichtiger Teil der persönlichen Freiheiten, die mit der bürgerlichen Demokratie auf die historische Bühne gelangten, ist verfassungsmäßiges Recht geworden; trotz aller Beschränkungen gibt es die Presse-, Organisations-, Versammlungs-, Demonstrationsfreiheit u.a.; der allgemeine Wahlmechanismus, gestützt auf große Parlamente, funktioniert einigermaßen u.ä. Während all dies vollkommen klare Tatsachen sind, wird die Türkei als faschistisches Land betrachtet, wo es kein demokratisches Recht gibt."*

... In diesem Zusammenhang werden wir beschuldigt, aus einem Studentenwohnheimfenster zu schauen. Die Türkei, wo tagtäglich einige Patrioten erschossen werden, Menschen auf der Straße, in den Fabriken, in den Slums im Kugelhagel stehen, ihre Häuser ihnen auf den Köpfen zerschmettert werden, die faschistischen Kräfte mit offener Unterstützung der offiziellen Kräfte in einem blutigen Terrorzustand die Puppen tanzen lassen, bei gesetzlichen Demonstrationen Dauerfeuer eröffnet und fast 40 Menschen abgeschlachtet werden, Folter, Unterdrückung und politische Morde zu einem Teil des politischen Regimes geworden sind, die "freiheitlich" Türkei als einen Garten Eden sehen zu können, läßt uns fragen, aus welchem Fenster dieser Mensch geschaut hat.

Die gleichen Gedanken werden auch für die 12. März-Periode vorgebracht, da das Parlament nicht aufgehoben war, politische Parteien und Gewerkschaften wie DISK und Türk-Is nicht "verboten" waren. Es wird gesagt, daß man von der 12. März-Periode nicht als Faschismus reden könne. Es wird von faschistoiden Praktiken gesprochen. Mit diesem Punkt wollen wir uns auseinandersetzen.

Dieses wird auch von den Verteidigern der "Trotzkistischen" Faschismustheorien vorgebracht. Mandel vertritt seine Ansichten zu diesem Punkt im Vorwort zu seinem Buch "Kampf gegen den Faschismus" folgendermaßen: *"Der besondere Charakter des Faschismus kann nur im Rahmen des imperialistischen Monopolkapitals verstanden werden. Es ist, Unsinn, die autoritären Bewegungen in einem halbkolonialen Land als faschistisch zu bezeichnen nur weil alles auf einen Führer beschränkt ist oder die Anhänger uniformiert werden. Es ist sinnlos, in Ländern, wo der wichtigste Teil des Kapitals in fremden Händen ist und die Nation von einem fremden Imperialismus bestimmt wird, die Handlungen der einheimischen Bourgeoisie, die sich im eigenen Interesse um die Befreiung von dieser Vorherrschaft bemüht, von Faschismus zu sprechen. Es*

kann in Bewegungen dieser Art extreme äußerliche Übereinstimmungen mit dem Faschismus geben, extremer Nationalismus, Führeranbetung, je auch Antisemitismus. Aber der Faschismus sichert die Herrschaft des Großkapitals ab und sichert ihm in der Wirtschaft die größten Profite; er spaltet die Arbeiterklasse und zerstört ihre Organisationen. Demgegenüber können die häufig fälschlich als faschistisch bezeichneten nationalistischen Bewegungen der einheimischen Bourgeoisie dem Großkapital und besonders dem ausländischen Kapital manchmal gerechte und ernsthafte Niederlagen beibringen und so für die Arbeiter neue organisatorische Möglichkeiten schaffen." (Mandel, 4).

Unserer Meinung nach ist der eigentliche "Unsinn" und die "Unverständlichkeit", daß mit einer solchen Analyse die Erscheinung des Faschismus auf die imperialistischen Länder beschränkt wird; in kolonialen, halbkolonialen Ländern werden die terroristischen Methoden der Monopolbourgeoisie vom Begriff des Faschismus abstrahiert. Der Grundirrtum in Mandels Theorie ist die Annahme, daß die Bourgeoisie der halbkolonialen Länder sich bemüht, sich von der Herrschaft des Imperialismus zu befreien, und daß sie dem Großkapital und speziell dem ausländischen Kapital manche überdauernden und ernstesten Niederlagen beibringt. Seine Ansichten werden von unserem Standpunkt her aus diesem Grunde unzutreffend. Dies ist nichts anderes als ein leerer und extremer "Optimismus" bezüglich der nationalen Bourgeoisie von halbkolonialen Ländern.

Es ist im Rahmen der halbkolonialen Länder auch heute möglich, von Regierungen der nationalen Bourgeoisie (oder der Mittelklasse) sowie von nationalistischen Bewegungen dieser Regierungen, die teilweise antiimperialistische Züge haben, zu reden. Allerdings kann man weder das von Mandel gegebene Beispiel der 'peronistischen' Bewegung in Argentinien, (noch die Ghaddafi-Bewegung in Libyen, noch die Idi-Amin-Bewegung in Uganda) oder aber weitere mögliche Beispiele verallgemeinern und zu dem Ergebnis kommen, daß man alle Regierungen der halbkolonialen Länder außerhalb der Erscheinung des Faschismus zu sehen hat.

Heute muß man von einer Lage sprechen, die wesentlicher ist als die erwähnten und stärkere Verallgemeinerungen zuläßt. In halbkolonialen Ländern kann man heute in der Mehrheit als Ergebnis der Periode der 3. Krise des Imperialismus von der Herrschaft der "einheimischen Monopolbourgeoisie" (je nach Ort mit den kräftigsten Wucherern und Großgrundbesitzern teilend) reden. Hier muß betont werden, daß die Besonderheit der Herrschaft der "einheimischen Monopolbourgeoisie" darin liegt, daß sie sich mit dem ausländischen Kapital in einer bestimmten Vereinigung befindet, sich mit ihr verbunden hat. Dies ist der Charakter der Herrschaft der "einheimischen Monopolbourgeoisie", die Besonderheit der Zusammenarbeit mit dem imperialistischen Kapital. Die widersprechende Seite mit ihr ist sekundär. Aus diesem Grunde sollte man in wirtschaftlich vom Imperialismus abhängigen halbkolonialen Ländern nicht von einer politischen Unabhängigkeit - als Besonderheit der Herrschaft - sprechen. Die politische Unabhängigkeitsausrichtung der neuen Kolonien ist relativ und sekundär, die politische Abhängigkeitsausrichtung ist grundlegend und bestimmend. Vom Standpunkt der Länder wie dem unseren, in denen die einheimische Monopolbourgeoisie als verlängerter Arm des Imperialismus herrscht, kann man allgemein nicht davon reden, daß die Regierung dem ausländischen Kapital und dem "Großbürgertum" "überdauernde" und "ernste" Niederlagen beibringen. Man muß nationale Bewegungen unter Führung der Mittelschicht, die aus diesem Rahmen fallen, als Ausnahmeerscheinungen bewerten, die für die 3. Krisenperiode, in der wir uns befinden, nicht typisch und generalisierbar sind. Deswegen (weil diese Lage vernachlässigt wurde) bleibt Mandels Ansatz auch weit davon entfernt, die Eigen

heiten von Terror- Unterdrückungsregimen zu erklären, wo wie in der Türkei die Herrschaft in den Händen einer Oligarchie ist, die sich aus der einheimischen Monopolbourgeoisie und den stärksten Großgrundbesitzern zusammensetzt.

Mandel, der behauptet, daß man auch die blutige Regierung in Indonesien nicht als faschistisches Regime bezeichnen könne, stellt im Vorwort der türkischen Ausgabe des erwähnten Buches fest, daß die objektive Existenz eines jeden Begriffes von seinen jeweiligen Sonderzügen abstrahiert werden müsse, um allgemeingültig zu sein und sagt, daß es eine richtige Einstellung sei, die allgemeinen Bedingungen einer faschistischen Massenbewegung und eines faschistischen Regimes in bestimmter Anzahl auszumachen, und daß es Regime gebe, die jenseits von faschistischen und militärischen Bonapartismus anzusiedeln seien und die schwer einzugrenzen wären. *"Selbst wenn allgemein (...) faschistische Regime und faschistische Massenbewegungen, die wirklich mächtig genug waren, die Herrschaft zu übernehmen, aus bekannten Gründen nur in imperialistischen Ländern aufgetreten sind, so gibt es in halbkolonialen Ländern, wo der Kapitalismus relativ weit entwickelt ist und ein starkes Proletariat existiert, Beispiele, die diesem Modell sehr nahe kommen.(.....) Im Augenblick, bis weitere Theoretische Arbeiten vorgelegt werden, reicht es, dies festzuhalten: halb faschistische Diktaturen, die die gesamte organisierte Arbeiterbewegung zerdrücken, die gegen alle linken Kämpfer und marxistische Literatur (Bücherverbrennung) den Staats- und Zivilterror vereinigen, und die demokratischen Freiheiten der Arbeiterklasse vollständig beseitigen, können in den entwickelteren der unter entwickelten Länder auftreten. Die Ähnlichkeit dieser Bewegungen mit dem klassischen Faschismus in imperialistischen Ländern muß betont werden. Aber es gibt auch einige Unterschiede."* Wie zu sehen ist, wird auch hier (obwohl akzeptiert wird, daß in weiterentwickelten unterentwickelten Ländern dem Faschismus stark ähnelnde Situationen eintreten können) der Faschismus auf eine Bewegung von unten nach oben und eine solche Herrschaft begrenzt und mit ihr gleichgesetzt.

Es ist eine Tatsache, daß die faschistischen Diktatoren in kolonialen und halbkolonialen Ländern in unterschiedlicher Form auftreten und diese Bildung ist selbstverständlich, ja zwangsläufig. Dies wurde durch die Bemerkungen von Dimitrov, die wir oben zusammengefaßt haben, klar erkenntlich. Ausgehend von diesen Unterschieden können die kolonialen und halbkolonialen Länder nicht außerhalb der Erscheinung des Faschismus gehalten werden.

Das eigentliche Problem kommt zum großen Teil von dem Beharren auf der Feststellung, daß der Faschismus alle Organisationen der Arbeiterklasse vollständig zerschlägt, alle Parteien und das Parlament beseitigen und alle Freiheiten vernichten müsse. Diese Entwicklung ist nur möglich, wenn sich der Faschismus auf eine starke Massenbasis stützen kann und dies verlangt in großem Maße Bedingungen, die entwickelten kapitalistischen Ländern zu eigen sind. Trotzky konstatierte, daß der Faschismus ein besonderer Weg sein, um das Kleinbürgertum für die Interessen des Finanzkapitals zu mobilisieren und zu organisieren und sagte, daß ein Übergang zum Faschismus unmöglich sei, wenn nicht zuvor ein Haß auf das Proletariat im Kleinbürgertum verbreitet sei. All diese Ansätze sind Ergebnisse, die aus der Beobachtung der Entwicklung von faschistischen Regimen, die wirklich in entwickelten kapitalistischen Ländern aufgetreten sind, gezogen wurden. Da die gleichen Entwicklungen unter den Bedingungen der halbkolonialen Länder (wo es schwer ist, die von den breiten kleinbürgerlichen Massen "gewollte" starke und organisierte Bewegung zu schaffen) nicht das gleiche erwartet werden kann, ist klar, daß man hier nicht von Faschismus sprechen kann.

Allerdings kann man davon reden, daß der Faschismus in kolonialen und halbkolonialen Ländern (wo er aus bekannten Gründen anfänglich über keine Massenbasis verfügt) von oben nach unten durch die Hilfe der Staatsorgane zur Macht kommt. *"Es ist auch eine gefährliche Sache 'Illusion' über die Schwäche des Faschismus in jenen Ländern zu haben, wo er sich nicht auf eine breite Massenbasis stützen kann. Sie kennen die Beispiele von Bulgarien, Jugoslawien und Finnland; in diesen Ländern ist der Faschismus, obwohl er sich nicht auf eine breite Basis stützen konnte, durch Unterstützung der Streitkräfte zur Macht gekommen und bemüht sich unter Ausnutzung des Staatsmechanismus seine Basis zu erweitern."* (Dimitrov, 8) Und wiederum Dimitrov sagte in seinem Bericht für den 7. Kongreß, daß in manchen Ländern, wo keine breite Massenbasis vorhanden sei und die Anstrengungen verschiedener Gruppen der faschistischen bürgerlichen Front nicht stark genug seien, der Faschismus das Parlament bestehen lassen könne und neben den anderen bürgerlichen Parteien auch den sozialdemokratischen Parteien eine gewisse Existenzberechtigung zuerkennen könne.

Der Faschismus in neokolonialen-halbkolonialen Ländern unterscheidet sich von den klassischen Formen darin, daß er keine breite Massenbasis besitzt und nicht gestützt auf eine Massenbewegung von unten nach oben, sondern gestützt auf die vorhandenen Staatsorgane (von oben nach unten) zur Macht kommt. Die Tatsache, daß auf der einen Seite der Staatsapparat keine "demokratischen" Qualitäten angenommen hat, auf der anderen Seite keine starke demokratischen Kampftradition und keine Bewegung der Arbeiterklasse vorhanden ist, bedingt, daß man sich an terroristische Regierungen der bestimmenden Kraft der mageren und kraftlosen Monopolbourgeoisie, man die Oligarchie wendet (wo die bürgerlichen Rechte und Freiheiten Stück für Stück abgebaut werden) und sich dem Faschismus zuwendet. Dies ist eine generelle Erscheinung, die man in Ländern wie dem unseren häufig antrifft; es ist keine vorübergehende Situation und rührt von der Kraftlosigkeit der herrschenden Klassen, die den Staat in der Hand haben, und von der Tatsache her, daß die den Volksmassen keine ernsthaften wirtschaftlichen Zugeständnisse machen können.

Da man als Ergebnis dieser Besonderheiten nicht von einem klassischen Faschismus reden kann, der gestützt auf eine starke Massenbasis an die Macht kommt und von einem Erscheinungsbild die Rede ist, wo das Parlament, die sozialdemokratischen und andere Parteien nicht aufgehoben werden und die demokratischen Rechte und Freiheiten nicht vollständig beseitigt sind, wird fälschlicherweise behauptet, daß man nicht von Faschismus reden kann. Mit diesem Ansatz kommt man sogar zu dem Schluß, daß die Türkei in der 12. März-Periode und "Pinochet-Chile" wegen dieser Unterschiede keine faschistischen Regime seien. Dieser Ansatz beruht zwangsläufig auf einem Verständnis, daß vom Standpunkt der Länder wie dem unseren es keinen Faschismus geben kann. Das kann nicht akzeptiert werden.

Selbst wenn in kolonialen und halbkolonialen Ländern der Faschismus sich von oben nach unten entwickelt und nicht total vervollständigt ist, die Staatsorgane nicht komplett faschisiert und noch keine starke Massenbasis geschaffen wurde, und als Ergebnis von all diesem noch kein so starker und verbreiteter faschistischer Terror (Zerstörung aller Arbeiterorganisationen, Beseitigung aller Rechte und Freiheiten u.ä.) wie in faschistischen Regimen vorkommt, bedingt das nicht, daß man solche Regime vollständig unabhängig vom Begriff Faschismus betrachtet. Allem voran heißt das, die Qualität des Staats außer acht zu lassen. Zweitens kann es auch bedeuten, den Faschismus auf eine bestimmte Zeit der Entwicklung zu beschränken.

BEDENKEN, die faschistische GEFAHR zu verniedlichen

Die Meinung, daß man nicht von Faschismus reden kann, wenn die "Rechte" und "Freiheiten" nicht vollständig beseitigt sind, stützt sich im wesentlichen auf den Einwand, daß man Gefahr laufe, das eigentliche "schreckliche" Gesicht und die Bedeutung des Faschismus zu verdecken. Häufig wird der Einwand vorgebracht, daß wenn es schon Faschismus gebe, es nichts Schlimmeres gebe und der Kampf gegen den Faschismus verniedlicht werde. Es wird daran erinnert, daß im Deutschland der 30er Jahre und an sonst vielen Orten die Beschimpfung der sozialdemokratischen Regierung als "Sozialfaschisten", Fehler die den Kampf gegen Faschismus auf die leichte Schulter nahmen, ein wesentlicher Grund für die "deutsche Katastrophe" war. Unter Verweis hierauf sagt Mandel, daß dies bedeute, "einen Kopffäger mit einem Knochenbrecher gleichzusetzen."

Beim Vorbringen der "Einwände" gegen die "Gefahr" wird vergessen, daß es heute richtiger ist, von einer "Gefahr" zu reden, die äußerst verschieden von der im Europa der 30er Jahre und vielleicht entgegengesetzt ist. In den 30er Jahren kam eine falsche Strömung auf, die die Sozialdemokraten als Faschisten bezeichnete und dagegen wurde vorgegangen. Eigentlich ist die Entstehung dieses Fehlers als ein Überbleibsel des Kampfes gegen sozialchauvinistische Ansätze aus den Jahren des 1. imperialistischen Krieges anzusehen. Indem man die Veränderungen der Bedingungen nicht richtig bewertete und die Reaktion gegen die vorherige (sozialchauvinistische Politik der Sozialdemokraten) auch in den 30er Jahren fortführte, kam es zu diesem Fehler. Wie sieht es heute vom Standpunkt unseres Landes aus? Wieviel Ähnlichkeit zu der Lage in den 30er Jahren und der "Gefahr" gibt es? Wenn wir die Situation von hierher analysieren, sieht man, daß wir bei unserem Land von einer entgegengesetzten Lage reden müssen. Gibt es in unserem Land einen falschen Ansatz, den die CHP als faschistisch bezeichnet, oder ist entgegengesetzt Nachläufertum gegenüber der CHP verbreitet und gefährlich? Heut muß in unserem Lande nicht erklärt werden, daß die CHP nicht faschistisch ist (von einem solchen Ansatz ist sowieso nicht die Rede), sondern es muß erklärt werden, daß Nachläufertum gegenüber der CHP keine Lösung darstellt und es muß dagegen gekämpft werden, daß man sich auf die CHP verläßt und sich an sie anhängt. Das heißt, daß man sich im Unterschied zum Europa der 30er Jahre heute an die "andere Seite anhängen" muß. Dies erfordert die konkrete Lage. Heute muß man nicht so sehr von einer Gefahr wie im Europa der 30er Jahre reden, sondern von der "Gefahr", daß im Kampf gegen den Faschismus zum bestehenden Regime der existierenden Staatsform die Verbindung des Faschismus zum bestehenden Regime der existierenden Staatsform gesehen wird - angestrebt wird. Aus diesem Grunde müssen Maßnahmen gegen die Kompromisse der CHP mit dem Faschismus, gegen die "Gefahr" darauf zu vertrauen ergriffen werden.

Wenn die herrschende Regierung als "kolonialer Faschismus" oder "geheimer Faschismus" bezeichnet wird, bedingt das keine Ablehnung der Bedeutung eines Faschismus im fortgeschrittenen Stadium, wo seine Entwicklung abgeschlossen ist, er eine Massenbasis aufgebaut hat und den gesamten Staatsapparat faschisiert hat. Es bedingt auch keine Herabwürdigung des Kampfes gegen den Faschismus. Eigentlich verfälschen in unserem Lande diejenigen den Kampf gegen diese Entwicklung, die die Beziehung zwischen dem bestehenden Staat und einer Entwicklung des Faschismus in dieser Richtung verheimlichen und in einer Art Geschrei und Gezeter den Kampf gegen den Faschismus zu einem Kampf gegen eine unbestimmte Sache machen. Dies sind diejenigen, die den

Kampf gegen den Faschismus auf den Kampf gegen die MHP beschränken. Die Vertreter dieses Verständnisses haben auch ihre Haltung vom Standpunkt des Kampfes gegen den Faschismus offengelegt.

EINIGE FRAGEN bezüglich dem VERSTÄNDNIS vom KAMPF gegen FASCHISMUS als FRAGE der REVOLUTION

VI

Falls der Zusammenhang zwischen Faschismus und dem bestehenden Staatsaufbau und -herrschaft richtig verstanden wird, ist es möglich, daß der Kampf gegen den Faschismus erfolgreich ist. Es ist offensichtlich, daß dies wesentlich wichtiger ist, als das herrschenden Regime unter diesem oder einem anderen Namen zu klassifizieren. Der Kern des Problems ist niemals eine Frage der Bezeichnung oder der Klassifizierung.

Die wichtigste Frage, die verstanden werden muß, ist dies:

Der Kampf gegen den Faschismus in unserem Lande hat den bestehenden Staatsaufbau zum Ziel. Denn, wie wir insgesamt versucht haben klarzustellen, hier ist der Entstehungspunkt in der Entwicklung des Faschismus. Aus diesem Grund darf der Kampf gegen den Faschismus nicht zu einer Frage des Schutzes der bestehenden Situation und der teilweise existierenden demokratischen Rechte herabgesetzt werden.

Dieser Ansatz wird stark diskutiert und kritisiert. Lassen wir einmal solche "Kritiken" wie in der Zeitschrift "Kitle" "es hieße, daß nur Revolutionäre den Kampf gegen den Faschismus führen" (oder noch dümmere Kritiken) beiseite. Womit wir uns beschäftigen wollen, ist daß gegen unseren Ansatz die Beschlüsse der III. Internationalen von 1935 und die Anwendung in den westeuropäischen Ländern vorgebracht werden, obwohl unsere Ansicht auf den Beschlüssen des 7. Kongresses der III. Internationalen und den Ansichten Dimitrovs von 1935 beruhen.

Die Frage des Kampfes gegen den Faschismus wurde - nachdem in Westeuropa der Faschismus als große Gefahr aufgekommen war - auf dem 7. Kongreß 1935 diskutiert und brachte richtige Ergebnisse. Hier wurden falsche Ansätze (die vor allem in Deutschland aufgetreten waren) und selbst die sozialdemokratischen Regierungen als faschistisch bezeichneten, aufgedeckt und unter Berücksichtigung der Gefahr, die der Faschismus vom Standpunkt der kommunistischen Bewegung in jedem Land als auch für die Gesamtheit der proletarischen Bewegung (und insbesondere für das einzige sozialistische Land Sowjetunion) hervorgebracht hatte, die Notwendigkeit klargestellt, daß man sich (an Orten, wo es keine Möglichkeit gibt, die bürgerliche Herrschaft zu stürzen und eine proletarische Diktatur zu errichten) von den Zielen der Bewegung der Arbeiterklasse, eine Diktatur des Proletariats zu errichten und die bürgerliche Herrschaft zu zerstören, selbst wenn es eine bürgerliche Demokratie gegen die faschistischen Überfälle zu schützen und eine Eskalation des Faschismus zu verhindern.

In diesem Sinne sieht die kommunistische Internationale die Gründung der vereinigten Frontregierungen gegen den Faschismus vor.

Sowie die antifaschistische Volksfront im Eigentlichen eine Politik der Verteidigung ist (das bedeutet nicht, daß die unabhängige Politik der Arbeiterklasse in Richtung Sozialismus zur Seite geschoben wird), hat sich auch eine "bildende" Eigenschaft. Dimitrov erklärt diese Besonderheit so: *"Vor jetzt 15 Jahren rief uns Lenin auf, unsere ganze Aufmerksamkeit dem Suchen nach Übergangs- oder Annäherungsformen zur proletarischen Revolution zu widmen." In vielen Ländern kann die Einheitsfrontregierung vielleicht eine der wichtigsten Übergangsformen sein. Die "linken" Dogmatiker haben diese Aufforderung von Lenin stets weit von sich geschoben. Sie sprachen als engstirnige Propagandisten nur von den "Zielen" ohne die "Übergangsformen" zu beachten. Auf der anderen Seite haben die rechten Opportunisten versucht, eine besondere demokratische Zwischenstufe zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und des Proletariats zu gründen, um den Arbeitern die Illusion eines friedlichen, parlamentarischen Überganges von einer Diktatur zur anderen schmackhaft zu machen. Dieser "Zwischenstufe" haben sie den Namen "Übergangsform" gegeben und Lenin zur Unterstützung ihrer Ansichten zitiert. Es ist jedoch nicht schwer, den eigentlichen Sinn diese Betrug zu zeigen. Was Lenin meinte, hatte mit der Übergangsform und Hinwendung zur proletarischen Revolution zu tun, d.h. Lenin sprach vom Sturz der bürgerlichen Diktatur, nicht von einer Übergangsform zwischen Diktatur der Bourgeoisie und des Proletariats." Dimitrovs Worte sind so klar, daß sie keinen Kommentar erlauben.*

Durch Verdrehen dieser Thesen der Komintern betrachten heute viele "komunistischen" Parteien die Volksfrontregierungen als friedliche Übergangsformen zum Sozialismus, als Zwischenstufe, als Stufe einer "fortschrittlichen Demokratie". Dimitrov bezeichnet diesen Ansatz jedoch als antileninistisch und antimarxistisch. Dimitrov sagt, daß die Volksfrontregierungen keine Form des Überganges zum Sozialismus, sondern Übergang zur proletarischen Revolution, d.h. eine Form zum Sturz der bürgerlichen Diktatur sein kann.

Ebenfalls auf dem 7. Kongreß beschäftigte man sich damit, daß sich die Politik der Einheitsfront und die Einheitsfrontregierungen in unterschiedlichen Ländern und zu unterschiedlichen Zeiten (verschiedenen Perioden der Entwicklung des Faschismus entsprechend) in verschiedenen Formen verwirklichen wird. Nachdem Dimitrov in seiner Rede über den Kongreßbericht Fragen bezüglich Art und Zeit des Aufbaus einer Einheitsfrontregierung untersucht hatte, stellte er fest, daß eine "solche Regierungsbildung in Ländern, wo die faschistische Diktatur noch nicht an der Macht ist und solchen, wo sie herrscht, verschieden ist" und sagte: *"In faschistischen Ländern ist eine solche Regierungsbildung nur möglich, wenn die faschistische Herrschaft gebrochen wird. In Ländern, wo sich die bürgerlich-demokratische Revolution entwickelt, kann (die Einheitsfrontregierung) eine Volksfrontregierung, eine Regierung der demokratischen Diktatur der Arbeiterklasse und Bauern sein."*

Wie zu sehen war, hat Dimitrov entgegen dem Versuch, ihn und die Komintern unseren Ansichten entgegenzusetzen, offen dargelegt, daß in verschiedenen Ländern, wo man sich in der Periode der bürgerlich-demokratischen Revolution befindet, eine Volksfront-, eine demokratische Diktaturregierung sein kann (dies ist dann nichts anderes als eine Regierung der demokratischen Revolution).

Die Opportunisten treten uns nun immer gegenüber mit Vorschlägen und Praktiken aus Ländern wie England und Frankreich, die unterschiedliche Besonderheiten aufweisen, und wo der Faschismus sich in unterschiedlicher Weise entwickelt hat. Sie schlagen vor, diese Praktiken exakt als Schema auf unser Land anzuwenden und verdecken dabei die Unterschiede in den Bedingungen, der Entwicklung des Faschismus und der Qualität sie sich ab, auf diese Weise dem bürgerlichen und dem CHP-Nachläufer ein historisches und theoretisches Mäntelchen umzuhängen. Diejenigen, die in den Faschismuskussionen entsprechend den Behauptungen der Opportunisten in unserem Lande die Existenz einer bürgerlichen Demokratie vorbringen, aber die Unterschiede des politischen Aufbaus in unserem Lande mit Ländern (wie England, Frankreich), wo die bürgerlich-demokratische Revolutionen vollendet sind, verwischen und Orientierungslosigkeit verursachen, macht nichts anderes als auf diese Weise (d.h. mit dem Unverständnis der oligarchischen Staatsform) schließlich wieder neben "klaren" opportunistischen Ansichten und Thesen zu stehen und sie in "schamhafte" und verworrener Form vorzutragen.

Kurz wiederholt. Der Kampf gegen Faschismus in unserem Land darf nicht auf die Entwicklung der MHP oder auf die Frage der Verteidigung der "bestehenden" relativen demokratischen Bedingungen beschränkt werden; er muß als doppelseitig und als die Gesamtheit einer Vielzahl von Aufgaben verstanden werden. Die Entwicklung des Faschismus versucht heute speziell mit Hilfe der Staatsorgane (da sie sich in den Händen der Faschisten befinden) durch faschistischen Terror (und Demagogie) ihre Massenbasis zu erweitern. Dieser Vorgang wird auch in zeitweisen Perioden, wo das Parlament ausgeschaltet ist (die demokratischen Rechte stark eingeschränkt sind), in gleicher Weise wiederholt. Aus diesem Grund bedingt der Kampf gegen den Faschismus, daß die Qualität der Staatsorgane, aus denen der Faschismus sich im wesentlichen nährt, geändert werden muß. Der faschistische Terrormechanismus wird durch die Kräfte des Militärs und der Geheimorganisationen des Staates (durch CIA geleitet) organisiert und entwickelt. Die faschistischen Idealistenvereine und die MHP sind jeweils eine zivile (Massen)organisation dieser Kräfte. Eine Veränderung in der Staatsorganisation kann nicht durch irgendeine reformistische (pazifistische) Maßnahme erreicht werden. Dies ist eine Sache, die eine revolutionäre Regierung machen kann. Eine solche Regierung kann eine demokratische Diktaturregierung von Arbeitern und Bauern (dem Volk) sein. Kampf gegen Faschismus muß im Kern in diesem Sinne verstanden werden und es muß angestrebt werden, die Elemente dieser Entwicklung (partei des Proletariats und die Einheitsvolksfront) in einer dialektischen Verbindung zu schaffen und zu entwickeln.

Unser Land bietet nicht vollkommen das Bild einer faschistischen Herrschaft. Im Unterschied zu faschistischen Regimen gibt es relativ demokratische Rechte und Freiheiten wenn auch beschränkt. Aus diesem Grund darf der Kampf zum Schutz dieser Rechte (unter der Bedingung, daß die 1. Seite vorrangig ist) nicht vernachlässigt werden. In diesem Sinn ist der Kampf gegen Faschismus doppelseitig. Natürlich kann das Auftreten einer Militärherrschaft (als offener vollzug des Faschismus) als Resultat der Kampfes; und politischen Entwicklung in in unserem Land unsere Kampfaufgaben gegen diese Entwicklung bedeutender werden lassen. Notwendig ist immer, die konkreten politischen Aufgaben mit einem richtigen Verständnis der präsenten politischen Entwicklung und Richtung korrekt zu bestimmen.

DIE CHP-REGIERUNGSPERIODE und VERBÜNDE- TENFRAGE allgemein vom STANDPUNKT des KAMPFES gegen den FASCHISMUS

VII

Bis heute wurde in punkto Kampf den Faschismus als wichtigste Fehleinschätzung die Hoffnung auf eine CHP-Herrschaft (in Form von Verbündeter der CHP) vorgebracht. Zur Zeit (wenn keine wichtigen, neuen Entwicklungen auftreten) ist eine CHP-Regierung gebildet worden. Von jetzt an wird diese Gedankenführung in der Art sein, daß man sich darauf beschränkt, den Kampf gegen den Faschismus (diesmal) von der CHP-Regierung zu erwarten und die CHP-Regierung zu "schützen". Total verdrehte "Meinungen" wie den faschistischen Angriffen nicht auf den Leim zu gehen, nicht in gleicher Weise zurückzuzahlen werden jetzt so vertreten, daß eine Einmischung des Militärs usw. die Regierung stürzen könne. In der vor uns liegenden Periode der Regierung Ecevit's werden wir am häufigsten auf diese Fehleinstellung treffen und uns im wesentlichen mit ihnen auseinandersetzen.

Hier muß noch auf einen anderen Punkt hingewiesen werden. Es ist nicht einmal unmöglich, daß diejenigen, die den Kampf gegen Faschismus als Problem der Installation einer CHP-Regierung ansahen, einen anderen Fehlschluß vorbringen, nachdem (da ja die CHP-Regierung da ist) jetzt der Kampf gegen den Faschismus erfolgreich war und der Faschismus keine Gefahr mehr ist (die Eskalation wurde aufgehalten, er ist auf dem Rückzug). ... Aber nur um Recht zu behalten, wünschen wir nicht, daß die CHP-Regierung "nicht den Faschismus verhindert, damit der Kampf gegen den Faschismus nicht mehr aktuell ist". Im Gegenteil, wir ziehen es vor "Unrecht" zu haben, uns zu "irren". Aber wir werden nicht auf eine solche "leere Hoffnung" verfallen und auch nicht zulassen, daß unser Volk mit solchen leeren Hoffnungen betroffen wird.

Nun, die CHP ist nicht faschistisch und hat wie jede nicht faschistische Sache eine antifaschistische Seite. Eine CHP-Regierung ist (neben den negativen Seiten) im Kampf der arbeitenden Bevölkerung gegen Faschismus eine Entwicklung zum Nachteil der faschistischen Kräfte, da sie keine Unterstützung der Regierung (Regierung ein Stück des Staates, nur ein Teil) mehr haben.

Aber dies ist in keinem Fall eine Entwicklung, die den Kampf gegen Faschismus unnötig macht, den Faschismus (wenn auch nur vorübergehend) ungefährlich werden läßt. Der Kampf wird auch in der Zeit einer CHP-Regierung nicht überflüssig werden. Der Kampf zwischen der arbeitenden Bevölkerung und den faschistischen Kräften wird weitergehen. Den Leuten, denen wir diese Tatsache nicht klarmachen konnten, wird die Realität es lehren.

Eine Frage, mit der wir uns hier kurz beschäftigen müssen, ist die Frage der Verbündeten und das Bündnis mit der CHP.

Nach marxistischem Bündnisverständnis kann man nicht zuerst eine mögliche Bündniskraft wählen und ihr entsprechend ein Programm zurechtchustern. Was bei uns meistens gemacht wird, ist einen Verbündeten zu wählen (das geschieht nach Kräfteverhältnissen auf der politischen Bühne) und dann ein dem Verbündeten angemessenes Programm hervorzubringen. Hier ist alles verkehrt herum. Gegen Faschismus muß man sich mit der CHP verbünden (da eine große Kraft), dann müssen wir alles der CHP zufolge, in Anpassung an ihre politische Linie bestimmen (ansonsten wird die CHP kein Bündnispartner, nähert sich nicht). Das ist nichts anderes als CHP'ler zu werden!

Nach marxistischem Bündnisverständnis muß genau das Umgekehrte gemacht werden. "Was" muß getan werden? Die Wahl des Bündnispartners wird durch den Inhalt dieses "was" bestimmt. Was ist in punkto Kampf gegen den Faschismus zu tun? (z.B. MIT, Kontrgerilla, Idealistenvereine u.a. faschistische Banden auflösen, die Nationenfrage lösen, die Monopolbourgeoisie von der Herrschaft entfernen, Unabhängigkeit vom Imperialismus erreichen). Die Bündnisfrage ist die Vereinigung der Kräfte, die diese Arbeit tun wollen. Es ist die Frage, die sozialen Kräfte für die Verwirklichung und Vereinheitlichung dieses Programmes zusammenzuführen. Was ist die Position der CHP? Dies stellen wir aufgrund der Position gegenüber diesem Programm fest (wir versuchen nicht, uns an das Programm der CHP anzupassen).

Der Kampf gegen den Faschismus in unserem Land 1- muß sich auf eine Veränderung der bestehenden Staatsform richten, 2- kann nicht vom Kampf gegen den Imperialismus getrennt werden, 3- kann nicht von dem Kampf gegen chauvinistische Unterdrückung getrennt werden. All dieses verträgt sich nicht mit der Herrschaftspolitik der CHP. Es ist etwas anderes, die CHP davon zu überzeugen, daß diese Dinge getan werden müssen. Dies ist vor allem deshalb notwendig, um die Arbeitermassen der CHP politisch zu gewinnen. Aber dies ist eine Sache, die CHP prinzipiell als Verbündeten zu deklarieren und sich bemühen, alles an sie anzupassen, ist eine andere Sache.

Die CHP besitzt eine doppelte Qualität. Die feste Verbindung mit den Interessen der Monopolbourgeoisie, die politische Identität, die von der Leitung repräsentiert wird, ist die Herrschaftsqualität. Demgegenüber gibt es eine breite Arbeiterbasis und diese Basis birgt ein starkes antifaschistisches Potential in sich. Die Seite, wo man sich mit der CHP vereinigen muß, ist hier. Diese Situation wird teilweise auch in den verschiedenen Politiken widerspiegelt. Die Politik der CHP, die verfolgt werden muß, (was auch teilweise die Politik ist, die der Regierung gegenüber verfolgt werden muß) muß in jedem Fall diesen doppelten Charakter beinhalten.

WIDERSTANDSKOMITEES und FRAGE der PARTEI- FRONT

VIII

Der Zusammenstoß zwischen den bewaffneten faschistischen Kräften in unserem Land und den revolutionären Volkskräften entwickelt sich heute in einer Richtung zur Verschärfung des Bürgerkriegszustandes (in einer Weise muß die Ecevit-Regierung als Intervention gesehen werden diese Entwicklung im Sinne der Interessen der herrschenden Klassen zu beeinflussen).

Die Angriffe der faschistischen Kräfte, um die Volksmassen zu zermürben, ist ein Grund für das Entstehen eines Verteidigungsbedürfnisses unter den breiten Volksmassen, ein Grund für die Ausweitung der Zusammenstöße, ein Grund für das Entstehen und Ausdehnen eines antifaschistischen Solidaritätsansatzes. Die Widerstandskomitees müssen in ihrem Entstehen als eine Tatsache begriffen werden, diese Ansätze im revolutionären Sinne zu kanalisieren, eine unabhängige revolutionäre Bewegung zu einem vereinten revolutionären Kampf aller antifaschistischen Volkskräfte mit dem Ziel der Volksherrschaft zu organisieren. Im allgemeinsten Verständnis müssen die Widerstandskomitees als Keimzellen einer revolutionären Volksherrschaft aufgefaßt werden und in diesem Sinne vertieft und weiterentwickelt werden. In diesem breiten Rahmen können die Widerstandskomitees so behandelt werden, daß sie alle in ihr vorkom-

menden antifaschistischen Volkskräfte in sich vereint und vertritt. Die Losung der Einheit aller Volkskräfte gegen den Faschismus kristallisiert sich im wesentlichen in diesem Punkt.

Nur müssen wir hier sofort klarstellen, daß dieses Verständnis der Frage hervorhebt, daß die Widerstandskomitees eine langfristige Aktionsform sind. Es ist klar, daß heute sofort und in diesem Rahmen nicht erwartet werden kann, daß sich schnell eine Bildung vollzieht. Demgegenüber müssen wir all unsere Aktivitäten an diesem Punkt von heute an mit einem Verständnis der Langfristigkeit und der umfassenden Bedeutung her fortführen.

Die heute wichtigste Seite dieses Punktes ist zweifellos die Vorbedingung bei der Verwirklichung dieses Kampfes, die Schaffung einer Führungspartei des Proletariats. Die Erfolgsaussichten des Kampfes der Widerstandskomitees ist unzertrennlich mit einer solchen revolutionären Führung verbunden. Das heißt natürlich nicht, daß der Kampf um die Schaffung der Widerstandskomitees vertagt wird. Man kann die Aktivitäten zur Schaffung einer Partei und Fortn in einer dialektischen Gesamtheit begreifen, wo die zweite Sache mit der ersten verbunden ist. Die Aktivitäten zur Schaffung einer Partei. Diese beiden können nicht voneinander getrennt werden. Die Beziehung zwischen den Widerstandskomitees als Organisationselement der Frontbildung und die Kaderarbeit als Kampfelement der Parteischaftung kann so verstanden werden. Insgesamt muß man bei der Arbeit der Widerstandskomitees

als breiteste Massenarbeit die begrenzte Kaderarbeit als Grundlage betrachten und in diesem Sinne dafür kämpfen, daß diese Dinge durchgesetzt werden.

Den Kampf auf diese Art zu verstehen ist nichts anderes als der Ausdruck der Notwendigkeit, daß die revolutionäre Aktion auf einer Basis der organischen Verbindung mit den Volksmassen voranschreiten muß, und daß die Partei die Qualität besitzt, den revolutionären Kampf der Avantgarde zu einem revolutionären Kampf des ganzen Volkes werden zu lassen und all diese Dinge zu organisieren.

Unser Land befindet sich heute im revolutionären Bürgerkrieg. Solange wie der Krieg nicht unmittelbar gegen die Intervention des Imperialismus geführt wird, in Zeiten, wo die nationale Frage nicht zum Schwerpunkt wird, wird die Besonderheit des revolutionären Bürgerkrieges (wo die Klassenfrage Schwerpunkt ist) weitergehen (egal, auf welcher Zwischenstufe man sich befindet). Es besteht kein Zweifel daran, daß die Entwicklung und Formung der Widerstandskomitees als Keimzellen der Volksherrschaft kein einfaches Ereignis sein werden, sowie dieser Krieg in langem Auf und Ab und mit kompliziertem Inhalt versehen sich nicht geradlinig entwickeln wird. Die realistische Form der Widerstandskomitees wird sich in der heißen Praxis dieses komplizierten Klassenkampfes herausbilden.

★★★



Zeittafel

- 1881 Bankrott-Erklärung des Osmanischen Reiches, Gründung der Schulden-Verwaltung zur Rückzahlung der Auslandsschulden
- 1907/8 Bürgerliche Revolution der Jungtürken
- 1914 Kriegseintritt auf Seite der Mittelmächte
- 1918 Waffenstillstand von Mudros
- 1919 Landung der griechischen Truppen in Izmir
- 1920 Gründung der Großen Nationalversammlung in Ankara
- 1921 Ermordung der ZK-Mitglieder der TKP
- 1922 'Vernichtung' der griechischen Truppen und Befreiung Kleinasiens. Verbot der TKP
- 1923 Gründung der Republik unter Kemal Atatürk, Friedensvertrag von Lusanne
- 1925 Blutige Unterdrückung von Kurdenaufständen
- 1934 Bekanntgabe des ersten Fünfjahresplanes für den Aufbau einer nationalen Industrie. Frauen erhalten Wahlrecht
- 1936 Übernahme der § 141/§142 aus dem faschistischen Strafgesetzbuch Mussolinis. Diese werden später wesentlich verschärft.
- 1938 Tod Kemal Atatürks, Nachfolger wird İnönü, Verurteilung von Nazim Kikmet zu 35 Jahren Gefängnis
- 1941 Türkisch-deutscher Freundschaftsvertrag, Türkisch-Deutsches Waren- und Zahlungsabkommen. Lieferung von türkischem Chromerz gegen deutsches Kriegsmaterial
- 1944 Einstellung der Chromerzlieferungen nach Deutschland, Abbruch der diplomatischen Beziehungen
- 1945 Kriegserklärung der Türkei an Deutschland Aufnahme in die UNO
- 1946 Gründung der Demokratischen Partei
- 1947 Ankündigung der US-Militärhilfe für die Türkei (Truman Doktrin)
- 1948 Einbeziehung der Türkei in den Marshall-Plan
- 1950 Demokratische Partei kommt an die Regierung
- 1951 Gesetz zur Förderung des ausländischen Kapitals
- 1952 Anschluß der Türkei an die NATO, Gründung von Türk-Is.
- 1960 Militärputsch
- 1961 Neue Verfassung
- 1963 Assoziierungsabkommen zwischen der Türkei und der EWG
- 1967 Gründung von DISK
- 1968/9 Die Republikanische Partei der Bauernation (CKMP) gründet Ausbildungslager für die Paramilitärische Ausbildung von faschistischen Kommandogruppen
- 1971 Militärputsch: Verhaftung und Folterung von Tausenden Fortschrittlichen, Änderung von über 40 Artikel der Verfassung!
- 1973 Aufhebung des Kriegsrechts, die CHP und die MSP bilden eine Koalitionsregierung
- 1974 Zypernkonflikt, Rücktritt der Regierungskoalition unter Ecevit
- 1975 Bildung der 1. Nationalistischen Front-Regierung (MC) als Koalition aus AP (Gerechtigkeitspartei), MSP (Nationale Heilspartei) und MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung)
- 1976 Nach 51 Jahren 1. Mai-Verbot wird der Tag in Istanbul von 500.000 1.Mai-Teilnehmern gefeiert.
- 1977 Massaker der Kontra;Guerilla auf der 1.Mai-Kundgebung, 36 Menschen kommen dabei um.
- 1978 Bildung der 2. Nationalistischen Front-Regierung
- 1978 CHP kommt an die Regierung unter Ecevit
- 1978 Dezember 1978 Massaker in Kahramanmaras, Ausnahmezustand
- 1979 Demirel bildet eine Minderheitsregierung mit Unterstützung durch die MHP und MSP, Erweiterung des Ausnahmezustandes
- 1980 10.000 Soldaten stürmen die TARIS-Betriebe in Izmir, Massenentlassungen, "Säuberung" des Staatsapparates und Neubesetzung durch Faschistische Kräfte

Parteien

- AP - Adalet Partisi, Gerechtigkeitspartei, gegr. 1961 als Nachfolgepartei der Demokratischen Partei, Vorsitzender - Süleyman Demirel, jetziger Ministerpräsident
- CHP - Cumhuriyet Halk Partisi, Republikanische Volkspartei, gegr. 1923 von Kemal Atatürk, Vorsitzender seit 1972: Bülent Ecevit
- MSP - Nationale Heilspartei, Millî Selamet Partisi, gegr. 1973 Vorsitzender Necmettin Erbakan
- CGP - Republikanische Vertrauenspartei, Cumhuriyetçi Güven Partisi, Vorsitzender: Turhan Feyzioğlu, gegr. 1967
- MHP - Milliyetçi Hareket Partisi; Partei der Nationalistischen Bewegung, Nachfolgepartei der Partei der Republikanischen Bauernnation (gegr. 1965), gegr. 1969, Vorsitzender: Alparslan Türkeş,
- TIP - Türkische Arbeiterpartei, 1961 von Reformflügel der Gewerkschaften gegründet, Vorsitzende: Behice Boran
- TSIP - Sozialistische Arbeiterpartei der Türkei
- SP - Sozialistische Partei
- TEP - Partei der Werktätigen der Türkei, Vorsitzender: Mihri Belli
- TKP - Türkische Kommunistische Partei (offiziell verboten)
- TIKP - Türkische Arbeiter- und Bauernpartei

GEWERKSCHAFTEN:

- DISK - Konföderation Revolutionärer Arbeitergewerkschaften
- TÜRK-İS - gelber Gewerkschaftsverband
- MISK - faschistische Gewerkschaftsverband

Die »linke« Bewegung in der Türkei

Sozialistische („linke“) Politik hat auch in der Türkei eine lange Geschichte. Wir wollen uns hier aber nicht mit den verschiedenen Strömungen und ihrer Bedeutung für eine sozialistische Alternative in der Türkei auseinandersetzen, sondern lediglich einen (sicherlich unvollständigen) Überblick über die unterschiedlichen „linken“ Strömungen und ihre Organisationen geben und ansatzweise eine Einschätzung ihrer Politik in Bezug auf internationale Maßstäbe vornehmen.

1. Moskau orientierte Organisationen

Die Organisation, die direkt die offizielle Außenpolitik der UdSSR in der Türkei durchzusetzen versucht ist die illegale TKP (Türkische Kommunistische Partei). Sie hat starken Einfluß in einzelnen Gewerkschaften und der sogenannten „fortschrittlichen“ Frauenvereinigung (IKD).

Zwei legale Parteien sind im gleichen Spektrum anzuordnen; haben allerdings kleine Unterschiede. Beide sind praktisch jedoch nicht in der Arbeiterschaft verankert.

a) TIP (Arbeiterpartei der Türkei) Vor der Militärdiktatur 71-73 (kurz: 12. März Periode) hatte sie in der ersten Zeit nach 1960 die fortschrittlich-demokratischen in sich vereint, aber später verlor sie auf Grund ihres reaktionären Parlamentarismus weite Teile der revolutionären Kräfte. Sie ist der Versuch, eine Tradition, die mit dem Verbot 1971 vollends zu Ende ging, wiederzubeleben und heute ein Klub von Intellektuellen.

b) TSIP (Sozialistische Arbeiterpartei der Türkei)

Ein weiterer Versuch, im Sinne der Arbeiterpartei eine legale Partei zu gründen, die ebenfalls nur der Zusammenschluß von Intellektuellen mit parlamentarischen Ambitionen ist. Die hier aufgeführten Parteien „flirteten“ ständig miteinander, da es zwischen ihnen keine prinzipiellen Unterschiede gibt. In Ermangelung eines Rückhalts in der Bevölkerung versuchen sie durch eine Vereinigung ihre soziale Existenz am Leben zu erhalten. Ihre Haltung gegenüber der unübersehbaren politisch-ökonomischen Krise der Türkei versuchen sie durch einen Erhalt der bürgerlich-demokratischen Institutionen die bestehende Situation zu zementieren.

3. TIRANA - orientierte Organisation

Die Organisation „Volksbefreiung“ (jetzt mit Partei TDKP; Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei) besitzt insbesondere unter der Jugend einen bestimmten Einfluß. Sie ist einer der Gruppe, die sich aus der Abspaltung von der TIP im Jahre 1969 bildete. Sie behaupten, die Fortführung (verlängerter Arm) der THKO (Volksbefreiungsorganisation der Türkei) zu sein. Diese Organisation, die sich um 1970 gebildet hatte, war auf der Linie einer Guerillataktik (eine Art von Tupamaro). Drei ihrer Führer wurden 1972 gehängt. Diese politische Bewegung hat viele Schlinger durchgemacht. Anfangs betrieb sie eine chintreue Politik. Später nahm sie mit Enver Hodscha eine gemeinsame Haltung ein. Heute beschuldigen sie diejenigen, die ihre alte Politik verfolgen, als Anarchisten, Abenteurer und Trotzkisten.

4. Unabhängige „Linke“

Unter diese Rubrik fallen eine ganze Reihe versprengte, teils lose organisierte Gruppen. Wir gehen hier nur auf einige wichtige ein:

a) Devrimci Yol - Revolutionäre Weg

Ein großer Teil derjenigen, die sich 1969 von der TIP abspalteten, organisierten sich in der revolutionären Jugend (Dev-Genc). Nach einigen Spaltungen wurde von Führern der Dev-Genc die THKP-C (Volksbefreiungspartei Front der Türkei) gegründet. Nach der Niederlage von 1971 und Ermordung sowie Verhaftung der führenden Kräfte, begannen die Übergebliebenen sich wieder zu organisieren. Dev-Genc wurde erneut gegründet. Sie hat entscheidenden Einfluß in der Jugendbewegung, unter den Lehrern, bei Ingenieuren und in ländlichen Gebieten.

b) Kurtulus - Befreiung

Auch diese Gruppe bildete sich um ein Organ, das von Resten der Dev-Genc herausgegeben wurde. Obwohl sie die Parteifunktionäre der UdSSR als revisionistisch bezeichneten, streiten sie jedoch mit sowjettreuen Gruppen gemeinsam gegen „Maoismus“.

c) TEP - (Partei der Arbeit der TR)

Birlik Yolu - Einheitsweg
VP - Vaterlandspartei

Sie ähneln der "Kurtulus" und nähern sich eher der sowjetischen Politik an, verfügen aber über keine bedeutende Massenbasis.

DEMOKRATISCHE MASSENORGANISATIONEN

1. DISK - Revolutionäre Gewerkschaftskonföderation
In der Leitung sind Volksparteiausgerichtete (sozialdemokratische CHP) Kräfte; außerdem vereinigt sie in sich Einzelgewerkschaften, die unter dem Einfluß von Devrimci Yol, TKP, TIP, bzw. TSIP stehen. Aus diesem Grunde kommt es innerhalb dieser starken Arbeiterorganisation zu ständigen Richtungskämpfen. Zur Zeit zeichnet sich die Leitung durch eine Anti-TKP-Haltung aus.

2. TÖB - DER - Lehrerverband der TR Verein

Wurde durch das Kriegsrecht verboten. Er war die größte Berufsorganisation. Die Leitung wurde durch eine Koalition aus Devrimci Yol, Kurtulus, Özgürlük Yolu ("Freiheitsweg" auf der Linie der TSIP - TKP Kurdenorganisa-

tion) und TSIP gebildet. Innerhalb der Organisation bestand eine Auseinandersetzung zwischen Devrimci Yol und TKP.

3. TMMOB - Ingenieur-Architektenverband der Türkei

Ist eine offizielle Organisation und ist bekannt dafür, daß sie eine Devrimci Yol-freundliche Politik betreibt. Da sie aber eine Ständevertretung ist, kann sie nicht durch das Kriegsrecht verboten werden.

4. Halkevi - Volkshaus

Wurde zur Zeit Atatürks durch ihn gegründet. Lange Zeit war es eine Nebenorganisation der Volkspartei. Zur Zeit unter dem Einfluß von Devrimci Yol. Diese Form des Gemeinwesens schließt Aktivitäten aller Richtungen ein und ist in ländlichen Gebieten sowie Stadtteilen eine hervorragende (weil praktisch unantastbare) Möglichkeit der politischen Arbeit.

5. TÖM - DER - Beamtenverein

Außer der zentralen Leitung, die in der Hand von TIP ist, sind die Ortsverbände zum überwiegenden Teil in den Händen der revolutionären Kräfte.

In naher Zukunft werden wir auf diesen Punkt in intensiver und genauerer Form eingehen.

